

5. Die Muslimbruderschaft und der Ursprung des politischen Islam

5.1 VOM ISLAMISCHEN MODERNISMUS ZUM ISLAMISCHEN FUNDAMENTALISMUS

Für die Konfiguration der Landschaft von politischen Bewegungen und Ideologien in der Region von Nordafrika bis zum Nahen Osten gilt das bereits angeführte Diktum, dass im Zuge der Niederlage der arabischen Staaten gegen Israel im 6-Tage-Krieg 1967 der Niedergang des panarabischen Nationalismus als politische Leitideologie beschleunigt wurde und der Aufstieg des politischen Islam begann.¹ Während politische Bewegungen und Ideen eines panarabischen Nationalismus in den durch die drastischen Umbrüche geöffneten und bis dato stark umkämpften politischen Arenen großer Teile der MENA-Region keinerlei Rolle mehr spielen, ist der sunnitische politische Islam ins Zentrum dieser Arenen vorgezogen und stellt(e) entweder eine der Regierungsparteien oder eine der stärksten Oppositionskräfte. Um den vielschichtigen Gründungs- und Entwicklungsprozess der Muslimbruderschaft aus historischer Perspektive kontextsensitiv darstellen zu können, muss beachtet werden, dass panarabischer Nationalismus und politischer Islam bezüglich ihrer jeweiligen Genese und Entwicklung, allen klaren Differenzen zum Trotz, in einem Zusammenhang mit dem islamischen Modernismus stehen, welcher schon dem Namen nach einen deutlichen Bruch mit der islamischen Tradition politischer und religiöser Ordnungsvorstellungen

1 Zur Genealogie des panarabischen Nationalismus vgl. das Nachwort von B. Tibi: Vom Gottesreich zum Nationalstaat, S. 189-198 und die Quellensammlung von S.G. Haim: Arab Nationalism.

lungen darstellte.² Um also das Aufkommen des sunnitischen politischen Islam adäquat einordnen und auch seine aktuellen Transformationen in der MENA-Region im Lichte dieses historischen Ursprungscontextes analysieren zu können, kommt es zunächst zu einer knappen Skizzierung des islamischen Modernismus als wesentlichem Ausgangspunkt des modernen politischen und gesellschaftlichen Denkens im sunnitischen Islam.

Die osmanische Herrschaft, die vom 16. bis 18. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreichte und sich vom Balkan über die heutige Türkei, den Kaukasus und den Nahen Osten bis nach Nordafrika erstreckte, basierte nicht nur auf einem militärisch gesicherten Lehnswesen, sondern auch auf dem religiös legitimierten Herrschaftsanspruch der osmanischen Dynastie.³ Der erste signifikante Einbruch europäischer Herrschafts- und Ordnungsvorstellungen in die Region wird auf die Napoleonische Expedition nach Ägypten 1798 datiert, infolgedessen die traditionelle politische und soziale Ordnung des Osmanischen Reiches bis zur Gründung der modernen Türkei 1923 und der Abschaffung des Kalifats 1924 sukzessive zerbrach. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts erreichte die osmanische Provinz Ägypten durch die militärischen Siege des albanischen Offziers Mohammed Ali (1769-1849) politische Eigenständigkeit und erfuhr unter seiner Herrschaft umfangreiche Reformen nach europäischem Vorbild. Im Kontext dieser politischen und sozialen Strukturveränderungen entstand der islamische Modernismus, der mit den Schriften zentraler Vertreter wie Mohammed Abduh, Dschamal al-Din al-Afghani und Rifaa Rafi al-Tahtawi (1801-1873) die Synthese einer Rückbesinnung auf die islamische Tradition mit der expandierenden europäisch-westlichen Moderne anstrebte.⁴ Diese Emulsion der islamischen Tradition mit dem wachsenden kulturellen und politischen Einfluss der aufstrebenden europäischen Kolonialmächte bereitete den Nährboden für die Ansätze des panarabischen Nationalismus. Sein Hauptverteter Sati al-Husri (1882-1968)⁵ nahm die Ideen der europäischen Literatur zum Nationalismus auf und bildete über den vormals religiös geprägten Begriff der islamischen Gemeinschaft (*Umma*) einen Kollektivbegriff der arabischen Nation, der durch die zahlreichen Nationalbewegungen des sich auflösenden Osmanischen Reiches aufgenommen wurde.⁶

2 Für einen umfangreichen Überblick des politischen Denkens in der islamischen Zivilisationsgeschichte vgl. P. Crone: *God's Rule* und B. Tibi: *Der wahre Imam*.

3 Vgl. B. Tibi: *Vom Gottesreich zum Nationalstaat*, S. 62-63.

4 Vgl. ebd., S. 64-80 und S. 93-103; sowie E.L. Rogan: „The Emergence of the Middle East into the Modern State System“.

5 Vgl. B. Tibi: *Vom Gottesreich zum Nationalstaat*, S. 113-148.

6 Vgl. ebd., S. 82-92.

Der Panislamismus von al-Afghani lehnte als anti-koloniale Ideologie den weiteren kulturellen sowie politischen Vormarsch der europäischen Kolonialmächte ab.⁷ Der islamische Fundamentalismus schließlich ging in seiner Abwehrreaktion jedoch deutlich weiter als die Vertreter des islamischen Modernismus, indem er die frühislamische Zeit idealisierte und durch eine Übernahme der wahhabitischen Geistesströmung schließlich jeglichen westlich-europäischen Einfluss als unislamisch ablehnte. Für die Verbindung aus wahhabitischem Denken und islamischem Modernismus steht besonders exemplarisch das Werk von Raschid Rida, der die streng konservativen Momente der hanbalitischen Rechtsschule im islamischen Modernismus weiterentwickelte.⁸ Mit Blick auf das intellektuelle Wirken Raschid Ridas wird deutlich, dass der islamische Fundamentalismus in seinem Ursprung keine traditionelle Bewegung war, da er sehr wohl um die technologischen Errungenschaften und Fortschritte der europäischen Kolonialmächte wußte und diese auf einer authentischen Basis übernehmen wollte. Dennoch lässt sich konstatieren, dass „[...] neither ‘Abduh nor his student Rashīd Ridā were able to solve the tensions between traditional Islamic precepts and European modernity [...]“.⁹ Die *Crux* des islamischen Fundamentalismus lag also darin, die Erneuerung der islamischen Welt nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches auf der Basis der traditionellen religiösen Schriften des Islam und unter dem Druck des Einbruchs der europäischen Gesellschaftsstrukturen und Ideen vollziehen zu wollen. Daher ist es angebracht, die Entstehung des islamischen Fundamentalismus und damit seiner ersten großen Bewegung, der ägyptischen Muslimbruderschaft, als Reaktion auf das Misslingen von Modernisierungs- und Säkularisierungsprozessen in der MENA-Region in der Endphase und nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches zu interpretieren.¹⁰

5.2 DIE GRÜNDUNGSPHASE DER MUSLIMBRÜDER DURCH HASAN AL-BANNA

Die Gründungsphase der Gesellschaft der Muslimbrüder von den späten 1920er Jahren bis in die 1940er Jahre unter der Leitung und dem großen Einfluss ihres Gründers Hasan al-Banna spielt für ihre organisatorische und ideologische Aus-

7 Vgl. ebd., S. 75-76.

8 Vgl. ebd., S. 79.

9 J. Hoigilt: *Islamist Rhetoric*, S. 30-31.

10 Vgl. B. Tibi: *Islamischer Fundamentalismus, moderne Wissenschaft und Technologie*, S. 12-13.

richtung bis heute eine zentrale Rolle. Sie kann mittlerweile sehr präzise rekonstruiert werden, da eine unter dem ehemaligen ägyptischen Präsidenten Sadat stattgefundene und äußerst aufschlussreiche innerägyptische Auseinandersetzung um die Bedeutung der Muslimbrüder, welche auch auf Memoiren von altgedienten Muslimbrüdern basierte, erschlossen worden ist, weiterhin die Archive der britischen Kolonialverwaltung und der ägyptischen Behörden selbst zugänglich geworden und schließlich die Briefe al-Bannas und die zahlreichen Publikationen der frühen Muslimbruderschaft ausgewertet worden sind. Im Lichte dieser Quellen zeigt sich die Muslimbruderschaft als eine islamistische Graswurzelbewegung mit starkem Rückhalt in der ländlichen und urbanen, unteren Mittelschicht, deren islamisch geprägte Ideologie sich erfolgreich zwischen dem offiziellen Islam des al-Azhar-Systems und den populären Sufi-Orden positionieren konnte und sukzessive ein Bestandteil in der Entwicklung der ersten modernen ägyptischen Parteienpolitik wurde.¹¹ In der ägyptischen Politik spielten in der Zeit der 1920er, 1930er und 1940er Jahre die Nachwirkungen der britischen Kolonialverwaltung – gerade auf dem Gebiet des unter britischer Kontrolle stehenden Suezkanals – zwar trotz der formalen Unabhängigkeit Ägyptens von Großbritannien im Jahr 1922 weiterhin eine tragende Rolle, aber unter der Regentschaft von König Fuad I. (1868-1936) und seinem Sohn König Faruq I. (1920-1965) bildete sich ein Mehrparteien-System im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie heraus. Es dominierte ein liberal-säkularer Nationalismus und in den 17 Kabinetten im Zeitraum von 1923-1950 ging die stärkste parteipolitische Kraft von der Wafd-Partei aus.¹² In diesem politischen Kontext kam es 1928 durch Hasan al-Banna in seiner ägyptischen Heimatstadt Ismailiyya zur Gründung der Muslimbruderschaft.

Zwei Aspekte sind bei diesem Gründungsakt zu berücksichtigen. Erstens waren die Muslimbrüder zu diesem Zeitpunkt nicht die einzige islamisch geprägte Assoziation. Sie stand durchaus in einem Wettbewerb mit ähnlichen Bewegungen, wie beispielsweise der 1927 gegründeten Verbindung Junger Muslimischer Männer. Zweitens ging die Muslimbruderschaft mit großer Wahrscheinlichkeit aus einer Vorgründung, nämlich einer Wohltätigkeitsorganisation des ortsansässigen Hassafi-Ordens hervor. Denn Hasan al-Banna konnte bei der Gründung der Muslimbruderschaft von Beginn an auf die vielen Kontakte seines Vaters und die eigenen Kontakte, die er während seines Studiums in Damhanur geknüpft hatte, zurückgreifen. Der Fokus bei der Erziehung der Mitglieder der Muslim-

11 Vgl. B. Lia: *The Society of the Muslim Brothers in Egypt*, S. 1-13.

12 Vgl. B. Tibi: „Schwache Institutionalisierung als politische Dimension der Unterentwicklung“, S. 11-14.

bruderschaft lag auf dem Bereich der Religion und der Moral, also dem Lernen des Korans, der tradierten Überlieferungen zum Leben des Propheten Mohammeds und der ersten Generation von Muslimen. Die Praxis war noch sehr an den Sufi-Orden orientiert: Spiritualität, das Singen von Hymnen und religiöse Prozessionen standen im Mittelpunkt der Veranstaltungen der Muslimbrüder. Mit großem persönlichen Einsatz und mit Hilfe seiner umfangreichen Verbindungen in und um die Stadt Ismailiyya bis zu seiner Studienstadt Kairo trieb al-Banna, auch mit Hilfe eigens durchgeführter Predigtouren durch Ägypten, die Expansion der Muslimbruderschaft voran. Neben der Gründung von Moscheen und Schulen standen für ihn die Ausbildung einer finanziellen Eigenständigkeit und die Neugründung von weiteren lokalen Vertretungen der Muslimbruderschaft im Mittelpunkt.¹³ Das besondere Erfolgsrezept al-Bannas, das nicht nur diesem Expansionserfolg zugrundelag, sondern seine Muslimbruderschaft auch klar von den bereits zuvor bestehenden islamisch geprägten Gesellschaften abgrenzbar machte, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:¹⁴

- Die charismatische Führungsperson al-Banna und seine Fähigkeiten als Redner und Prediger sowie ein verpflichtender Gehorsamseid auf ihn (*Baya*) standen von Beginn an im Mittelpunkt. Al-Banna konnte sich Anfang der 1930er auch gegen interne Konkurrenz durchsetzen und trieb die ideologische Ausrichtung besonders durch seine Schriften voran.
- Die Muslimbruderschaft formulierte auf der Basis eines Verständnisses des Islam als allumfassendes Konzept Programme für soziale, ökonomische und religiöse Reformen Ägyptens, was der Bewegung früh eine politische Ausrichtung gab. Dieser gewissermaßen ‚angewandte‘ Islam verband die an Bedeutung verlierende traditionelle religiöse Ausbildung mit den neuen gesellschaftlichen Anforderungen, die an die zunehmend urbanisierte Bevölkerung der ägyptischen Unter- und Mittelschicht gestellt wurden.
- Es kam zu groß angelegten und professionell durchgeführten Rekrutierungen neuer Mitglieder und die Organisationsstruktur der Muslimbruderschaft wurde sehr stark vereinheitlicht. Dabei kam es zur Übernahme bereits bestehender islamischer Gesellschaften. Die Mitglieder mussten die Prinzipien der Muslimbruderschaft auswendig lernen, sich der rigiden Kontrolle ihrer Teilnahme an den regelmäßigen Aktivitäten der Bewegung unterwerfen, dafür

13 Vgl. B. Lia: *The Society of the Muslim Brothers in Egypt*, S. 21-43, S. 60-76 und S. 101-109.

14 Vgl. ebd., S. 37 und S. 53 und R.P. Mitchell: *The Society of the Muslim Brothers*, S. 12-19.

wurde ihnen aber sozialer Aufstieg aufgrund von Leistung und unabhängig von ihrer Herkunft und vormaligem Bildungsstand ermöglicht.

Als signifikantes Ereignis, das den Übergang vom Aufbau der Finanzierung der Muslimbrüder, der Grundlegung ihrer Organisationsstruktur und dem Ausbau der Rekrutierung neuer Mitglieder hin zur aktiven Teilnahme an der ägyptischen Politik kennzeichnete, kann die 5. Generalkonferenz im Januar 1939 gelten. Auf dieser Veranstaltung präsentierte al-Banna seine finale Version eines allumfassenden islamischen Systems und versicherte sich der Stärke seiner Bewegung und des Rückhalts der Mitglieder.¹⁵

„Internally, then, the fifth conference of 1939 suggested that the Society had assumed its fundamental shape and was sufficiently strong, in its own mind, to flex its muscles publicly albeit cautiously.“¹⁶

Infolgedessen kämpften Teile der Muslimbruderschaft im Widerstand gegen die britische Besatzung Palästinas (1936-1938) und gegen die jüdischen Siedlungspläne nach dem Ende des 2. Weltkrieges. Zusätzlich versuchten al-Banna und andere Führungsmitglieder der Muslimbrüder über den stetig wachsenden Einfluss der Bewegung in der ägyptischen Parteipolitik Fuß zu fassen und kandidierten mehrmals für das ägyptische Parlament. Es kam zu Kooperationen mit der Wafd-Partei, aber auch zur Beteiligung an gewaltsamen Aktionen gegen den ägyptischen Staat und die britische Verwaltung durch Mitglieder der Muslimbruderschaft. Diese Aktivitäten erschienen auf einen ersten Blick wenig wirksam, da al-Banna 1949 ermordet wurde, die Muslimbruderschaft verboten und es zu Verhaftungen von ca. 4000 ihrer Mitglieder sowie zu umfangreichen Gerichtsverfahren gegen sie kam.¹⁷ Jedoch sollten die bis dato ausgebildeten Organisationsmerkmale der feste Bestandteil der Bewegung bleiben, der bis heute ihre große Widerstandsfähigkeit ausmacht.

Auf Seiten der internen Organisationsstrukturen kann konstatiert werden, dass diese ab 1930/1931 von al-Banna entwickelt, im März 1935 auf der 3. Konferenz der Muslimbrüder in einer allgemeingültigen Satzung festgeschrieben und nach einer Revision im September 1945 und Ergänzung im Mai 1948 von al-Bannas Nachfolger an der Spitze der Muslimbruderschaft, Hasan al-Hudaybi,

15 Vgl. R.P. Mitchell: *The Society of the Muslim Brothers*, S. 14-15.

16 Ebd., S. 15.

17 Vgl. ebd., S. 19-34, S. 37-43 und S. 55-79.

übernommen wurden.¹⁸ An der Spitze der Organisationshierarchie mit Sitz in Kairo steht der Oberste Führer (*Murshid*), der den beiden zentralen Gremien, der beratenden Versammlung und dem Führungsbüro, vorsitzt. Diesen drei Gremien unterstehen wiederum zwei Hauptstränge der Organisationsstruktur: einerseits die sogenannten technischen Operationen, die über Sektionen und Komitees die inhaltliche Arbeit der Muslimbruderschaft übernehmen, andererseits der Feldapparat, der die regionale Strukturierung in Distrikte, Abteilungen und auf der kleinsten Ebene Familien übernimmt.¹⁹ Dabei unterlagen die Mitglieder einem strikten, mehrstufigen Mitgliedschafts- und Selektionssystem, das von der ersten Stufe als Assistent (gültig ab der Unterzeichnung der Mitgliedschaftskarte), über die Stufe eines Anhängers und danach eines aktiven Vollmitgliedes bis zum Kämpfer, der raren und höchsten Mitgliedschaftsstufe, reichte.²⁰ Daneben zeichnete sich ab Mitte der 1930er Jahre eine zweite Dimension in der Organisationsentwicklung der Muslimbruderschaft ab: Die Entstehung einer internationalen Organisationsstruktur außerhalb bzw. auch teilweise oberhalb der ägyptischen Organisationsebene. Angeregt durch die internationalistische Ausrichtung der Schriften al-Bannas und durchaus mit dem Ziel, die Muslimbruderschaft unabhängiger von ihrem ägyptischen Kernland zu machen, gab es im Laufe der 1930er Jahre verschiedene Ausgründungen. 1937 gab es bereits Ableger im Sudan, Saudi-Arabien, Palästina, Syrien, dem Libanon, Marokko, Bahrain, Pakistan, Dschibuti und einen Ableger in Paris. Diese kleineren Ausgründungen sollten die Keimzellen für eine nach dem 2. Weltkrieg deutlich stärkere internationale Organisationsstruktur der Muslimbrüder bilden.²¹

Es muss demnach festgehalten werden, dass in der Gründungsphase der Muslimbruderschaft originäre Grundlagen ihrer nachfolgenden semantischen und organisatorischen Strukturentwicklungen gelegt worden sind. Auf Seiten der internen Gesellschaftsorgane blieb die strikte hierarchische Ausrichtung der einzelnen lokalen Ebenen unter der Leitung des Obersten Führers und der beiden Beratungs- und Entscheidungsgremien, der beratenden Versammlung und dem Führungsbüro, bis heute intakt. Jüngere Feldforschungen haben zusätzlich ergeben, dass auf Seiten der Mitgliedschaftsbedingungen auch weiterhin sehr strikte

18 Vgl. ebd., S. 163 und B. Lia: *The Society of the Muslim Brothers in Egypt*, S. 93.

19 Vgl. die Organigramme und ausführlichen Erläuterungen von R.P. Mitchell: *The Society of the Muslim Brothers*, S. 164-181.

20 Vgl. ebd., S. 183.

21 Vgl. ebd., S. 155-156 und A. Pargeter: *The Muslim Brotherhood. The Burden of Tradition*, S. 99.

Selektions- und Aufstiegsmechanismen in Kraft sind.²² Zusätzlich bot die grenzüberschreitende Übernahme der in der Frühphase entwickelten Entscheidungsstrukturen die Möglichkeit der Ausbildung von Ablegern der Muslimbruderschaft, die in der Gegenwart nicht nur in den Ländern der MENA-Region (vor allem in Syrien, Libyen, Marokko, dem Sudan, den palästinensischen Autonomiegebieten und Jordanien), sondern auch in der europäischen Diaspora dynamisch voranschreitet. Dabei kam und kommt es zu einer stetigen Auseinandersetzung um die Ausformung der internationalen Organisationsstruktur, die letztlich im Verhältnis zu den nationalen Verbänden nie eine hierarchisch übergeordnete Form einnehmen konnte, also weitestgehend von Kairo aus dominiert wurde und nur eine geringe ideologische Standardisierung ermöglichte.²³ Letztlich entspringt der umkämpften Phase der ägyptischen Politik Ende der 1930er bis zum Ende der 1940er Jahre ein weiterer Bestandteil der organisatorischen und semantischen Variationsmöglichkeiten der Muslimbruderschaft: Die Gründung einer bewaffneten Unterabteilung der Organisation, nach innen als Spezialabteilung (*al-Nizam al-Khass*) und nach außen als Spezialapparat (*al-Jihaz al-Sirri*) bekannt, die zur Gegenwehr der Muslimbrüder gegen die ägyptische Polizei und Regierung sowie für den Kampf gegen die ägyptische kommunistische Bewegung angelegt worden war und sich an den gewalttätigen Auseinandersetzungen der damaligen Zeit beteiligte.²⁴ Die dargestellten Ausführungen al-Bannas zur islamistischen Dschihad-Doktrin stellen die semantischen Begleit- und Legitimationsentwicklungen dieser organisatorischen Strukturentscheidung dar.

5.3 DIE MUSLIMBRÜDER NACH DEM PUTSCH DER ‚FREIEN OFFIZIERE‘

Nach dem Tode Hasan al-Bannas und der großen Verhaftungswelle von 1949 war die Muslimbruderschaft bis zum Ende des Ausnahmezustands in Ägypten im Jahr 1951 führungslos und es kam zu keinen Treffen des Führungsbüros oder anderer Bereiche der Leitungsebene. Es war schließlich die Wafd-Partei, von der

22 Vgl. die Analyse der strikten Mitgliedschaftsbedingungen und hierarchischen Entscheidungsprozesse der Muslimbruderschaft von E. Trager: „The Unbreakable Muslim Brotherhood“.

23 Vgl. A. Pargeter: *The Muslim Brotherhood. The Burden of Tradition*, S. 96-176 und B. Rubin: *The Muslim Brotherhood*.

24 Vgl. R.P. Mitchell: *The Society of the Muslim Brothers*, S. 30-32 und A. Pargeter: *The Muslim Brotherhood. The Burden of Tradition*, S. 177-181.

die Rehabilitierung der Muslimbruderschaft ausging, da sie sich erhoffte, durch die Unterstützung der Bruderschaft eine Stabilisierung der politischen Lage zu erreichen. In Folge dieses Rehabilitierungsprozesses im Rahmen dessen viele der inhaftierten Muslimbrüder freigelassen wurden, konnte nach starken internen Querelen im Mai 1951 ein neuer Oberster Führer, der bereits erwähnte Hasan al-Hudaybi, bestimmt und im Oktober 1951 öffentlich bekannt gemacht werden.²⁵ Al-Hudaybi war ein ägyptischer Richter mit guten Verbindungen zum Palast und kam von außerhalb der Muslimbruderschaft. Insofern gilt er in den Augen der verschiedenen Historiographen der Bruderschaft als Kompromisskandidat, der einerseits dem ägyptischen Establishment der Monarchie genehm war und andererseits dem starken militanten Flügel der Muslimbrüder, den al-Nizam al-Khass, als kontrollierbar galt.²⁶ Parallel zu dieser Entwicklung hatte sich 1949 neben Wafd-Partei und Königshaus bereits eine neue politische Kraft, welche die Ausgestaltung des politischen Systems in Ägypten fundamental ändern sollte, ausgebildet. Zu dieser Gruppierung, den sogenannten ‚Freien Offizieren‘, hatten große Teile der Führungsschicht der Muslimbruderschaft enge persönliche Kontakte. Diese Verbindung ägyptischer Militärs unter der Führung von Mohammed Nadschib (1901-1984) setzte am 23.07.1952 den ägyptischen König Faruq I. ab und übernahm die politische Führung des Landes in der Form eines von ihnen besetzten und ausgeführten Revolutionären Kommandorates. Sie wandelten Ägypten damit offiziell in eine Republik um. Das Führungsbüro der Muslimbrüder sprach sich in einer Verlautbarung am 01.08.1952 positiv über die Machtübernahme durch diese Verbindung aus. Zunächst suchten beide Seiten den gegenseitigen Kontakt. Von Seiten der Militärführung kam es zu Aussagen, dass ein Staat mit islamischer Basis durchaus vorstellbar wäre und al-Hudaybi stellte Forderungen, die Muslimbrüder politisch zu hören. Dennoch verschlechterten sich die Beziehungen der Muslimbrüder und der ‚Freien Offizieren‘ zusehends.

Während Nasser die Muslimbrüder aufforderte, sich der neuen politischen Einheitspartei (Die Befreiungssammlung) anzuschließen, was al-Hudaybi ablehnte, forderten die Muslimbrüder die Einsetzung der Scharia als Grundlage des neuen politischen Systems. Schließlich verbot die Militärführung die Muslimbruderschaft, indem sie sie als Partei bezeichnete, was deshalb funktionierte, da Parteien bereits am 17.1.1953 verboten worden waren. Von Oktober bis Dezember 1954 kam es von Seiten der neuen ägyptischen Staatsführung zu einer öffent-

25 Vgl. R.P. Mitchell: *The Society of the Muslim Brothers*, S. 80-88.

26 Diese Interpretationen finden sich bei A. Pargeter: *The Muslim Brotherhood. The Burden of Tradition*, S. 31-33 und S. Khatab: „Al-Hudaybi's Influence on the Development of Islamist Movements in Egypt“, S. 454.

lichen Denunziation der Muslimbruderschaft, zur Verhaftung von mehr als 1000 ihrer Mitglieder und offiziellen Prozessen gegen sie, da ihnen vorgeworfen wurde, einen Attentatsversuch auf Nasser, der im Februar 1954 Nadschib als Präsidenten abgesetzt und dessen Nachfolge angetreten hatte, unternommen zu haben.²⁷

Bevor sich die Muslimbruderschaft also von ihrer Zerschlagung des Jahres 1949 erholen konnte, kam es zu einer erneuten Verhaftungswelle. Erst 1957, nachdem es etwa 3 Jahre keinerlei offizielle Aktivitäten der Muslimbrüder gegeben hatte, öffnete sich Nasser wieder gegenüber der Muslimbruderschaft und es kam zur Freilassung ihrer Führungsspitze.²⁸ Die alte Führungsspitze um al-Hudaybi versuchte, die Kontrolle über die Organisation gegen interne Konkurrenten zurückzugewinnen. Andere Impulse kamen jedoch von einem neuen Flügel der Bruderschaft, den sogenannten Qutbisten, den Anhängern von Sayyid Qutb, die gegen eine Kooperation mit Nasser waren und sich auch zunehmend gegen Nasser positionierten.²⁹ Die gewissermaßen logische Konsequenz dieser Angriffe auf Nasser, der nach der Verstaatlichung des Suez-Kanals und der damit verbundenen Zurückdrängung des britischen Einflusses auf den Höhepunkt seiner politischen Macht zusteuerte, war, dass es 1965 unter dem Vorwurf einer Verschwörung der Muslimbrüder zum Umsturz des Staates zum bis dato heftigsten Schlag gegen sie kam. Neben der Verhaftung von bis zu 27.000 Mitgliedern der Muslimbruderschaft kam es zur öffentlichen Hinrichtung dreier Führungspersonen, darunter war Sayyid Qutb.³⁰ Von dieser Zerschlagung ihrer Organisationsstruktur sollte sich die Muslimbruderschaft erst unter dem Nachfolger im Amt des ägyptischen Staatspräsidenten, Anwar al-Sadat, erholen.

Das Besondere an der Präsidentschaft Sadats war, dass dieser nicht nur eine sukzessive Abkehr vom politischen und vor allem wirtschaftlichen Kurs seines am 28.09.1970 plötzlich verstorbenen Amtsvorgängers Nasser unternahm, die

27 Vgl. die Ausführungen bei S. Khatib: „Al-Hudaybi's Influence on the Development of Islamist Movements in Egypt“, S. 456; R.P. Mitchell: *The Society of the Muslim Brothers*, S. 88-162; B. Rubin: *Islamic Fundamentalism in Egyptian Politics*, S. 11-12 und B. Zollner: *The Muslim Brotherhood*, S. 25-39.

28 Vgl. B. Zollner: *The Muslim Brotherhood*, S. 39-43.

29 Vgl. die Ausführungen von B. Zollner: „Prison Talk“, S. 420-421 zur Entstehung dieser von ihr als generationell bedingt bezeichneten Lagerbildung in der Muslimbruderschaft sowie S. Khatib: „Al-Hudaybi's Influence on the Development of Islamist Movements in Egypt“, S. 461-464 zu den übrigen Konkurrenten al-Hudaybis um den damaligen Führungskurs der Muslimbrüder.

30 Vgl. B. Rubin: *Islamic Fundamentalism in Egyptian Politics*, S. 14-15.

sogenannte Öffnung (*al-Intifah*), sondern Sadat sprach nach einer graduellen Freilassung von inhaftierten Mitgliedern der Muslimbruderschaft ab 1971 im Jahr 1975 sogar eine Generalamnestie für alle Muslimbrüder aus.³¹ Er veränderte in Folge seiner Reformpolitik die Organisationsstruktur der 1962 gegründeten ägyptischen Einheitspartei (die Arabische Sozialistische Union) und ergänzte sie um drei Plattformen, um eine größere politische Partizipationsmöglichkeit anzubieten.³² Zusätzlich stellte er Ägyptens Wirtschaftspolitik unter der Einbeziehung des Internationalen Währungsfonds auf einen wirtschaftsliberalen Kurs um³³ und band sich außenpolitisch zusätzlich nicht mehr an die UdSSR, sondern an die USA. Um für diesen politischen Kurswechsel eine ausreichend starke Legitimationsbasis zu erschaffen, griff Sadat auf einen religiösen Begründungszusammenhang zurück. Er wurde als pietistischer, gläubiger Präsident dargestellt und gab den Muslimbrüdern begrenzten Raum für eine politische Teilhabe.³⁴ Letztlich sollten die vollständige Rehabilitation der Muslimbrüder zu Beginn der Amtszeit Sadats und ihr erweiterter politischer Spielraum den Ausgangspunkt für ihre Neuausrichtung bilden, deren Konsequenzen bis in die Anfangszeit der Präsidentschaft Mubaraks wirksam blieben.

Für die Organisationsstruktur und die ideologische Ausrichtung der Muslimbruderschaft ergaben sich in der Phase von der Ermordung ihres Gründers al-Bannas 1949 bis zur Ermordung des ägyptischen Präsidenten Sadat 1981 einige Entwicklungen, die weniger als eine wesentliche Veränderung ihrer Organisationsstruktur, als vielmehr im Sinne einer Vervielfältigung potentieller organisatorischer Entscheidungsleistungen und einer Erweiterung handhabbarer semantischer Formen, die in reger Konkurrenz zueinander standen, interpretiert werden können:

Erstens wurde in diesen Jahren, in denen die Organisation oftmals ohne Entscheidungen durch das ägyptische Führungsbüro operieren musste, die bereits angesprochene Etablierung internationaler Strukturen außerhalb des ägyptischen Staatsgebietes weiter vorangetrieben. Als die Mitglieder des militanten Flügels

31 Vgl. B. Zollner: *The Muslim Brotherhood*, S. 48.

32 Vgl. B. Tibi: „Schwache Institutionalisierung als politische Dimension der Unterentwicklung“, S. 21-23 und H. Al-Awadi: *In Pursuit of Legitimacy*, S. 35-38.

33 Vgl. auch die klassische Studie von J. Waterbury: *The Egypt of Nasser and Sadat*.

34 Gerade der wirtschaftspolitische Kurswechsel unter Sadat und die sozialen und politischen Auswirkungen über seine Ermordung hinaus werden ausführlich von T. Osman: *Egypt on the Brink*, S. 127-157 geschildert. Die religiösen Legitimationsbestrebungen Sadats und sein Verhältnis zur Muslimbruderschaft werden analysiert von B. Rubin: *Islamic Fundamentalism in Egyptian Politics*, S. 16-20.

diesen Erfolg nicht-ägyptischer Ableger, der während ihrer Gefangenschaft stattgefunden hatte, nach ihrer Freilassung durch Sadat bemerkten, versuchten sie einerseits die Dominanz des Kairoer Organisationszentrums wiederherzustellen oder verließen andererseits Ägypten in Richtung der neuen Ableger. Auf diese Weise verfestigte sich nicht nur die internationale Organisationsstruktur der Muslimbrüder, sondern es bildeten sich durch den generell wachsenden Einfluss der wahhabitisch geprägten Ideen und der enormen finanziellen Mittel der Golfstaaten auch Teile der Unterstützungsnetzwerke des afghanischen Widerstandskampfes gegen die sowjetische Invasion aus.³⁵

Zweitens blieb der zweite Oberste Führer al-Hudaybi trotz seines als weniger autoritär und durchsetzungsstark charakterisierten Führungsstils von bleibendem Einfluss für die Weiterentwicklung der Muslimbruderschaft. So modifizierte er ihre organisatorische Ausgestaltung in der Form, dass es zu einer Erneuerung der Führungsspitze kam. Die neue Position eines Stellvertreters seines Amtes wurde eingerichtet und er versuchte, die nach dem Tode al-Bannas stark gewordene Sektion der militanten al-Nizam al-Khass in ihrem organisatorischen Einfluss einzuschränken.³⁶ Gerade dieser letzte Aspekt zeigt sich sehr deutlich an einer wichtigen semantischen Auseinandersetzung dieser Zeitperiode. Im Gegensatz zur radikalen Ablehnung des ägyptischen Staates, wie sie vor allem Sayyid Qutb artikuliert, war al-Hudaybi für eine Kooperation mit dem politischen System in dem Sinne, dass es ohne einen revolutionären Umsturz zu einer graduellen Islamisierung der Gesellschaft von unten und damit letztlich des Staates kommen müsse. Das 1969 fertiggestellte, erst 1977 veröffentlichte und al-Hudaybi zugeschriebene Buch *Prediger, Nicht Richter (Dua la Qudat)*³⁷ zeugt von dieser internen Kontroverse der Muslimbruderschaft, da es als intellektuelles Gegengewicht zum Einfluss Sayyid Qutbs angesehen wird.³⁸

Drittens verschob sich nach ihrer nahezu völligen Zerschlagung unter Nasser nach der großen Verhaftungswelle 1965/1966 der Rekrutierungsort der Muslim-

35 Vgl. A. Pargeter: The Muslim Brotherhood. The Burden of Tradition, S. 100-117.

36 Vgl. S. Khatab: „Al-Hudaybi's Influence on the Development of Islamist Movements in Egypt“, S. 455.

37 Vgl. B. Zollner: The Muslim Brotherhood, S. 65. In der Historiographie zur angesprochenen Publikation Hudaybis verdichten sich die Belege, dass das Buch im Auftrag des ägyptischen Staates durch das al-Azhar-Establishment geschrieben wurde. Vgl. ebd., S. 423-426 und S. Khatab: „Al-Hudaybi's Influence on the Development of Islamist Movements in Egypt“, S. 465.

38 Entsprechende Interpretationen finden sich bei B. Zollner: The Muslim Brotherhood, S. 3-15 und Dies.: „Prison Talk“, S. 411-412.

bruderschaft ab den 1970er Jahren an die Universitäten. Dort schaffte sie es sukzessive, große Teile der bereits bestehenden muslimischen Studentenvereinigungen zu übernehmen. Der Nebeneffekt dieser Verschiebung des Rekrutierungsklientels von der unteren, ländlichen und urbanen Mittelschicht zu Zeiten al-Bannas zum universitär geprägten studentischen Milieu war letztlich der Start einer neuen und stärker politisch sowie pragmatisch ausgerichteten Ideologie der Muslimbruderschaft.³⁹ Während in der Führungsspitze also ein Wettstreit um das Verhältnis der Muslimbruderschaft zum ägyptischen Staat herrschte, der von einer mehr apolitischen und graduellen Islamisierung bis zur durchaus gewaltbereiten Ablehnung säkularer staatlicher Strukturen und der Implementierung einer Gottesherrschaft (Hakimiyyat Allah) reichte, wuchs an den Universitäten Ägyptens eine neue und durchaus politisch ausgerichtete Generation der Muslimbruderschaft heran.

5.4 VON DEN POLITISCHEN ERFOLGEN WÄHREND UND NACH DER PRÄSIDENTSCHAFT MUBARAKS BIS ZUR ERNEUTEN ZERSCHLAGUNG 2013

Diese neue Generation der Muslimbruderschaft konnte in den 1980er Jahren wachsende Erfolge in den kaum vom ägyptischen Staat kontrollierten Berufsverbänden, den selbst verwalteten Fakultätsräten ägyptischer Universitäten und damit an der Peripherie des politischen Systems erreichen.⁴⁰ Dennoch kam es parallel vom Ende der 1970er Jahre bis in die Mitte der 1990er Jahre zu einer Phase eklatanter Gewaltanwendung aus dem islamistischen Milieu Ägyptens. Auf der einen Seite formierte sich zum Ende der Amtszeit von Sadat harsche islamistische Kritik am 1979 geschlossenen Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel, auf der anderen Seite gelang es der Muslimbruderschaft nicht, alle islamistischen Studentenvereinigungen Ägyptens zu übernehmen. Es radikalisierten sich Teile dieser Studentenverbindungen und es sollten ihnen nicht nur der ägyptische Staatspräsident Sadat, sondern auch zahlreiche Zivilisten, Teile des ägyptischen Sicherheitsapparates und Touristen zum Opfer fallen. Husni Mubarak, der den tödlichen Anschlag auf Sadat überlebte, ging noch weit bis in die 1990er

39 Vgl. A. Pargeter: *The Muslim Brotherhood. The Burden of Tradition*, S. 36-44 und H. Al-Awadi: *In Pursuit of Legitimacy*, S. 42-43.

40 Vgl. die Ausführungen von H. Al-Awadi: *In Pursuit of Legitimacy*, S. 90-98; A. Pargeter: *The Muslim Brotherhood. The Burden of Tradition*, S. 44 und M. Zahid: *The Muslim Brotherhood and Egypt's Succession Crisis*, S. 105-128.

Jahre mit großem sicherheitspolitischen Aufwand gegen die militanten Flügel des ägyptischen Islamismus vor.⁴¹ Ebenfalls öffnete er weiteren politischen Spielraum für die Muslimbruderschaft, von der er sich Unterstützung im Kampf gegen die militanten Gruppierungen erhoffte.⁴² Wichtig an dieser Episode des politischen Islam in Ägypten ist, dass die Führung der Islamischen Gruppe Ägyptens (al-Jamaa al-Islamiyya) 1997 dem militanten Kampf gegen den ägyptischen Staat abschwor und 2002 den bewaffneten Arm der Gruppierung stilllegte, sodass zwar noch eine Verbindung zwischen den Muslimbrüdern und den gewaltbereiten Bewegungen bestand:

„This jihadist group and many other similar-minded organizations, collectively known as the ‚al-Jama’at al-Islamiyya/ Islamist groups‘ or dubbed *Jama’at al-takfir*, are, for the most, part splinter groups that broke away from the original Muslim Brotherhood Movement.“⁴³

Diese Verbindung bestand jedoch weniger auf organisatorischer Ebene als viel mehr in der Nähe potentieller Rekrutierungsorte neuer Mitglieder (vor allem den Universitäten) und einer ideologischen Verwandtschaft in ihrer Kritik am ägyptischen Staat. Es vollzog sich in dieser Phase die endgültige Abkehr der Muslimbruderschaft von der Gewaltanwendung: ihre Führungsspitze sprach sich regelmäßig gegen die militanten Aktionen aus und auch personell zeichnete sich ab, dass mit dieser politischen und ideologischen Neuausrichtung der Muslimbrüder unzufriedene Sympathisanten in die militanten Segmente des politischen Islam wechselten. Dem Nachfolger im Amt des Obersten Führers der Muslimbrüder al-Hudaybis, Umar al-Talmasani, wird dabei die entscheidende Rolle zugesprochen, sich gegen die gewaltbereiten Reste der Nizam al-Khass durchgesetzt zu haben und damit den Weg der Muslimbruderschaft zur Partizipation am politischen System Ägyptens während der Regierungszeit Husni Mubaraks geebnet zu haben.

41 Vgl. die Rekonstruktion der Genese, der Entwicklung und des Endes der militanten islamistischen Gruppierungen Ägyptens von O. Ashour: „Lions Tamed?“. Auf S. 612 seines Artikels schreibt Ashour, dass von 1992 bis 1996 471 Todesopfer unter den Mitgliedern der militanten Gruppierungen, 401 Todesopfer bei den ägyptischen Sicherheitskräften, 306 getötete Zivilisten und 97 getötete Touristen gezählt wurden. Dazu gab es Mitte der 1990er etwa 30.000 Personen, die im Zuge der Maßnahmen der ägyptischen Sicherheitsbehörden inhaftiert wurden.

42 Vgl. H. Al-Awadi: In Pursuit of Legitimacy, S. 57.

43 B. Tibi: Islam’s Predicament with Modernity, S. 276.

„Unlike Qutb, who had drawn strict boundaries between ‚genuine‘ and ‚fake‘ Muslims, Tilmesani practiced a more flexible strategy and aimed to forge relations with his political and ideological opponents.“⁴⁴

Als Schlüsselereignis der ägyptischen Muslimbruderschaft auf ihrem Weg zur neuen politischen Partizipation gelten die Wahlen zum ägyptischen Parlament 1984. Für diese Wahlen schloss al-Talmasani ein strategisches Bündnis mit der Wafd-Partei: Mitglieder der Muslimbrüder durften auf die Liste der Wafd-Partei, dafür bekam die Wafd-Partei Stimmen von Anhängern der Muslimbruderschaft.⁴⁵ Auf diese Weise nahm die Muslimbruderschaft, wenn auch inoffiziell und verdeckt, aktiv am politischen Prozess des autoritär geführten Mubarak-Regimes teil. Infolgedessen begann eine zentrale und intensiv geführte interne Debatte um den Umfang dieser politischen Teilhabe, die die ideologische und strukturelle Fortentwicklung der Muslimbrüder bis heute prägt und mit dem gewaltsamen Sturz Mohammed Mursis Anfang Juli 2013 eine weitere Aktualisierung erfahren hat. Um diesen vielschichtigen und knapp 30 Jahre währenden Prozess bündig und systematisch aufzubereiten, werden im Folgenden drei Dimensionen nacheinander dargestellt:

- Die Beteiligung der Muslimbruderschaft an den ägyptischen Parlamentswahlen von 1984 bis 2011-12 und den Präsidentschaftswahlen 2012.
- Die ideologische Ausrichtung der Muslimbruderschaft im Lichte gegenwärtiger Vordenker des politischen Islam.
- Die Entwicklung der Reform- und Wahlprogramme der Muslimbruderschaft bis zum Verfassungsreferendum 2012.

Art und Umfang der Beteiligung an den verschiedenen ägyptischen Parlamentswahlen waren innerhalb der Muslimbruderschaft stets umstritten. Dennoch haben die Muslimbrüder nur die Parlamentswahlen 1990 boykottiert und an allen übrigen Wahlen der Mubarak-Ära (1984 erreichten sie zusammen mit der Wafd-Partei 58 Sitze, davon 8 eigene Sitze; 1987 zusammen mit der Arbeiter-Partei 58 Sitze, davon 36 eigene Sitze; 1995: 1 eigenen Sitz; 2000: 17 eigene Sitze; 2005: 88 eigene Sitze und 2010: 0 Sitze) teilgenommen. Für die einzelnen Wahlen sind die Muslimbrüder wechselnde Koalitionen eingegangen. So arbeiteten sie 2005 beispielsweise mit der zivilgesellschaftlichen Widerstandsgruppe *Kifaya* (wört-

44 H. Al-Awadi: In Pursuit of Legitimacy, S. 80.

45 Vgl. B. Rubin: Islamic Fundamentalism in Egyptian Politics, S. 21 und S. 28-31.

lich: Es ist genug) zusammen.⁴⁶ Die durchaus pragmatisch ausgerichtete parlamentarische Arbeit der Muslimbruderschaft, ihre Bereitschaft mit verschiedenen Lagern zusammenzuarbeiten und die Differenzierung des islamistischen Spektrums nach der Abspaltung führender Muslimbrüder und der Gründung der *al-Wasat-Partei* (Partei der neuen Mitte) im Jahr 1996 wurde in der Forschung als Kennzeichen des beginnenden Post-Islamismus, also der Einbindung islamistischer Parteien und Ideen in den politischen Mainstream angesehen.⁴⁷ Insgesamt haben die Muslimbrüder im Laufe ihrer Parlamentsbeteiligung trotz regelmäßiger staatlicher Repressionen (besonders gewaltsame Repressionen gab es bei den Parlamentswahlen 1995 und 2010) und nur sehr geringem politischen Gestaltungsraum eine bedeutsame Stellung im politischen System unter Mubarak eingenommen. Denn während sie von dem Ziel angetrieben worden war, formal durch den ägyptischen Staat anerkannt und zu einem legitimen Bestandteil der ägyptischen Gesellschaft zu werden, suchte Mubarak mit den Wahlen durchaus eine öffentliche Legitimation, sodass ihre wechselseitige Beziehung „[...] has therefore been shaped largely by their simultaneous pursuit of legitimacy, each on different terms.“⁴⁸ Daher spitzte sich das Verhältnis beider im Laufe der 2000er Jahre konfliktuell zu, da sich die Anzeichen dafür mehrten, dass Gamal Mubarak, Husni Mubaraks ältester Sohn, zum nächsten ägyptischen Präsidenten aufgebaut werden sollte. Als dann die Muslimbrüder 2005 mit 88 errungenen Parlamentssitzen ihren bis dato größten Wahlerfolg erreicht hatten und sich strikt gegen die Nachfolge Gamal Mubaraks aussprachen, kam es bei den Wahlen 2010 zu größeren Verhaftungswellen und massiven Wahlfälschungen durch den ägyptischen Staat; mit der Konsequenz, dass die Muslimbruderschaft 2010 keinen Sitz im Parlament erringen konnte.⁴⁹

46 Vgl. A. Ghanem/M. Mustafa: „Strategies of Electoral Participation by Islamic Movements“, S. 397-402; A. Pargeter: *The Muslim Brotherhood. The Burden of Tradition*, S. 45-46 und S. 57 und M. Zahid: *The Muslim Brotherhood and Egypt's Succession Crisis*, S. 97-103 und S. 129-152. Die detaillierteste Studie zur Funktionsweise der Wahlen unter der Präsidentschaft Mubaraks stammt von L. Blaydes: *Elections and Distributive Politics in Mubarak's Egypt*.

47 Diese Einschätzung der politischen Performanz der Muslimbruderschaft findet sich implizit bei M. El-Ghobashy: „The Metamorphosis of the Egyptian Muslim Brothers“ und explizit bei J. Stacher: „Post Islamist Rumblings in Egypt“, S. 415-432.

48 H. Al-Awadi: *In Pursuit of Legitimacy*, S. 3.

49 Vgl. A. Ghanem/M. Mustafa: „Strategies of Electoral Participation by Islamic Movements“, S. 400-402 und M. Tadros: *The Muslim Brotherhood in Contemporary Egypt*, S. 19-28.

Die gemeinhin mit dem Begriff des ‚Arabischen Frühlings‘ bezeichneten politischen Transformationsprozesse in der MENA-Region führten am 11. Februar 2011 zum Sturz Husni Mubaraks und stellten den jüngsten Ereigniskontext der politischen Partizipation der Muslimbrüder dar. Die Massendemonstrationen in Ägypten wurden zu ihrem Beginn durch zahlreiche zivilgesellschaftliche Bewegungen getragen, die bereits seit mehreren Jahren vielfältigen Widerstand gegen das Herrschaftssystem Mubaraks geliefert hatten. Das Besondere war, dass diese Massenproteste zwar zeitlich sehr nah an die äußerst repressiv geführten Parlamentswahlen Ende 2010 anschlossen, in ihnen aber der jahrelange Widerstand verschiedenster Oppositionsgruppen kulminierte. Die Beteiligung der Muslimbrüder an den Massenprotesten im Januar und Februar 2011 wird als zurückhaltend beschrieben. Während jüngere Mitglieder von Beginn an teilnehmen wollten, beteiligte sich die Muslimbruderschaft offiziell erst an den Protesten, nachdem diese voll in Gang gesetzt waren. Durch ihren hohen Organisationsgrad war sie jedoch dazu in der Lage, wichtige Funktionen für die Aufrechterhaltung der Proteste zu übernehmen.⁵⁰ Im Gegensatz zu anderen Oppositionsgruppen sprachen sich die Muslimbrüder für schnelle Parlaments- und Präsidentschaftswahlen aus, verkündigten aber zunächst für maximal 35 % der Sitze im ägyptischen Ober- und Unterhaus kandidieren und keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufstellen zu wollen.⁵¹ Von dieser Ankündigung wich die Muslimbruderschaft in den ersten freien ägyptischen Wahlen Ende 2011 deutlich ab. Mit der Gründung ihrer ersten und erstmalig offiziell vom ägyptischen Staat zugelassenen Partei, der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei, war die Muslimbruderschaft dazu in der Lage, die Wahlen zum ägyptischen Unter- und Oberhaus als stärkste Partei für sich zu entscheiden und ihr Präsidentschaftskandidat Mohammed Mursi konnte sich in der zweiten Wahlrunde mit knapper Mehrheit durchsetzen.⁵²

50 Vgl. T. Hasche: „Politischer Frühling?“, Ders.: „Was von den Protesten übrigblieb“ und A. Pargeter: *The Muslim Brotherhood. From Opposition to Power*, S. 213-217.

51 Vgl. T. Osman: *Egypt on the Brink*, S. 119-120 und E. El-Din Shahin: „The Egyptian Revolution“, S. 58.

52 Im ägyptischen Unterhaus konnte die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei mit 216 Sitzen 43,8 % der Parlamentssitze erringen (Vgl. <http://eisa.org.za/WEP/egy2012results1.htm> [letzter Zugriff am 31.01.2015]). Im ägyptischen Oberhaus erlangte die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei mit 105 Sitzen 58,3 % aller Sitze (<http://eisa.org.za/WEP/egy2012results2.htm> [letzter Zugriff am 31.01.2015]). In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen setzte sich der Kandidat der Muslimbrüder, Mohammed Mursi, mit 51,7 % der Stimmen gegen Ahmad Schafiq (48,3%) durch (<http://eisa.org.za/WEP/egy2012results.htm> [letzter Zugriff am 31.01.2015]).

Innerhalb von knapp eineinhalb Jahren nach dem Sturz Mubaraks war es der Muslimbruderschaft damit gelungen, von einer nur teilweise geduldeten Oppositionsbewegung als stärkste politische Kraft ins Zentrum des politischen System Ägyptens vorzurücken.⁵³

Diese Schritte der Muslimbruderschaft von ihrem kompletten gesellschaftlichen Ausschluss unter Nasser bis zur Erlangung der ägyptischen Präsidentschaft im Juni 2012 wurden von einer Diversifizierung der Semantik des politischen Islam begleitet, die für die ideologische Ausrichtung der Muslimbruderschaft eine wesentliche Rolle gespielt hat. Die gedanklichen Grundpositionen des ägyptischen Islamismus spielten sich dabei im Rahmen zweier großer öffentlicher Konfliktlinien ab:

„First, the competition for symbolic power between the Islamist movement and the state has defined Islamic orthodoxy in the public sphere. Second, there is a sharp ideological divide between Islamists and liberal intellectuals.“⁵⁴

Zusätzlich lassen sich vier zentrale Gruppen identifizieren, die um die Bedeutung und Deutungshoheit des sunnitischen Islam in Ägypten und darüber hinaus für die islamische Gemeinschaft ringen: Erstens das traditionelle al-Azhar Establishment, zweitens islamistische Prediger, drittens islamistische Zentristen (der Wasatiyya-Trend) und viertens nicht-islamistische muslimische Intellektuelle.⁵⁵ Diese Aufzählung von Hoigilt muss angesichts der Wahlerfolge der salafistischen Parteien und Gruppierungen nach dem Sturz Mubaraks⁵⁶ noch um den ägyptischen Salafismus erweitert werden, der bereits zuvor kurz erwähnt worden ist. Im Folgenden werden aktuelle politische Überlegungen des Wasatiyya-Trends skizziert, um die Konturen der semantischen Spielräume der Muslimbruderschaft während ihres politischen Aufstiegs von 1984 bis Mitte 2013 umreisen zu können.

Der islamistische Wasatiyya-Trend begann in den 1970er Jahren, als die Golfstaaten, bedingt durch ihren erfolgreichen Erdöl-Export, mehrere Millionen ägyptischer Gastarbeiter anzogen und auf diese Weise ebenfalls ihre deutlich konservativere Auslegung des sunnitischen Islam exportieren konnten.⁵⁷ Die seit

53 Vgl. auch die Schilderungen von C. Rosefsky Wickham: *The Muslim Brotherhood*, S. 248-260.

54 J. Hoigilt: *Islamist Rhetoric*, S.30.

55 Vgl. ebd., S. 36-52. Vgl. auch Z. Baran: *The Other Muslims*.

56 Vgl. A. El Difraoui: *Politisierter Salafismus in Ägypten*.

57 Vgl. T. Osman: *Egypt on the Brink*, S. 89 und S. 95-97.

dieser Zeit zunehmende Bedeutung islamischer Symbole und Werte in der Öffentlichkeit ist in der Wissenschaft durch den Begriff des *Islamischen Erwachens* gekennzeichnet worden. Dem Wasatiyya-Trend wird dabei eine mittlere Position zwischen islamistischen Quietisten und gewaltbereiten Extremisten zugesprochen:

„This moderate Islamic mainstream eschewed the passivity of the religious quietists and called for the transformation of society along Islamic grounds. However, they categorically rejected violent methods as incompatible with the goals they sought.“⁵⁸

Die Religion des Islam beinhaltet für die Vertreter dieses islamistischen Trends mehr als ein System von moralisch-rechtlichen und religiösen Vorschriften. Als Zivilisation bärge der Islam ein kulturelles und intellektuelles Reservoir, das über die individuelle Lebensführung hinaus Grundlagen für Erziehung, Kunst, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Ökonomie und Politik böte.⁵⁹ Für die politisch-programmatische Entwicklung der Muslimbruderschaft sind die Überlegungen von zeitgenössischen Schriftstellern wie dem bereits porträtierten Yusuf al-Qaradawi, aber auch Tariq al-Bischri, Kamal Abu al-Majd und Muhammad Salim al-Awwa⁶⁰ ausschlaggebend. Da sich diese Autoren in ihren Schriften auf die Ausgestaltung eines modernen politischen Systems beziehen und nicht die Errichtung eines islamischen Staates vergangener Jahrhunderte vertreten, werden sie auch als „Islamic Constitutionalists“⁶¹ bezeichnet. In ihrer Konzeption eines modernen Staates kommt der Scharia folgende Rolle zu: Die Inhalte der Scharia auf der Basis des Korans und der Sunna sind von jedem Gläubigen aus religiöser Pflicht heraus zu befolgen. Die Scharia beinhaltet zuvorderst die moralischen Grundlagen der Gemeinschaft (*Umma*), ferner auch die Regularien einer islamischen Regierungsführung. Auf diese Weise erzeugt sie die basale Identität und Stabilität in einem islamischen Gemeinwesen.⁶² Das Ziel des Staates ist es, die Vorschriften der Scharia zu implementieren. So wird Gerechtigkeit in der Gemeinschaft etabliert. Um entsprechend dieser Argumentation im Interesse der Gemeinschaft (*Maslaha*) staatlich handeln zu können, muss es zu einer mögli-

58 R.W. Baker: *Islam without Fear*, S. 2.

59 Vgl. ebd., S. 12-14 und die entsprechenden Detailanalysen Bakers, wie sie im Inhaltsverzeichnis aufgeführt werden.

60 Vgl. B.K. Rutherford: *Egypt after Mubarak*, S. 98.

61 Vgl. ebd., Kapitel 3 „Islamic Constitutionalists: The Political Goals of Moderate Islam“.

62 Vgl. ebd., S. 102.

cherweise parlamentarischen, aber zumindest menschengemachten Verabschiedung von Scharia-konformen Gesetzen kommen. Dies ist über die islamische Rechtsfigur des *Idschtiḥad* (unabhängige Auslegung) im Rahmen der wissenschaftlichen Auslegung des islamischen Rechts (*Fiqh*) möglich:

„This process of interpreting *shari'a* to meet the challenges of daily life is the science of *fiqh*. The theorists maintain a firm distinction between *shari'a* and *fiqh*. *Shari'a* embodies the sublime principles of the faith that transcend time and place. *Fiqh*, in contrast, is the imperfect effort of humans to apply these broad principles to specific conditions.“⁶³

Aufgrund dieser prononcierten Stellung der Scharia für die Ausgestaltung eines politischen Systems im politiktheoretischen Diskurs des Wasatiyya-Trends kommt islamischen Rechtsgelehrten (*Ulama*) eine starke Stellung im politischen System zu. Diese sollen zwar nicht selbst Gesetze verabschieden⁶⁴, jene jedoch im Sinne einer unabhängigen Judikative auf ihre Scharia-Konformität untersuchen können.⁶⁵ Damit unterliegt die Regierung innerhalb eines derart ausgestalteten Scharia-Staates⁶⁶ der Konsultationspflicht (*Schura*), ist durch einen Vertrag (*Aqd*) an die politische Gemeinschaft gebunden und kann unter bestimmten Bedingungen von der Bevölkerung kritisiert und abgesetzt werden. Den Rahmen für die inhaltliche Ausgestaltung dieses Verhältnisses von Regierung und Bürgern bildet jedoch wiederum die Scharia.⁶⁷

Zusammengefasst lassen sich diese aufgeführten Überlegungen gegenwärtiger islamistischer Schriftsteller vor allem im Kontrast zu liberalen politischen Ideen westlicher Politikvorstellungen sehr gut mit einem abschließenden Blick auf die Konzeption von Zivilgesellschaft charakterisieren. Zivilgesellschaft wird im islamistischen Diskurs mit der islamischen Glaubensgemeinschaft gleichgesetzt, sodass dadurch wiederum den Rechtsgelehrten und dem islamischen Recht eine bedeutsame Rolle in der Ausgestaltung der Zivilgesellschaft zugesprochen wird. Daher kommt ihr nicht die Rolle einer vielschichtigen und unabhängigen gesellschaftlichen Instanz zu, sondern das Ziel der Stärkung der islamischen

63 Ebd., S. 103.

64 Vgl. ebd., S. 108.

65 Vgl. ebd., S. 112.

66 Vgl. zu diesem Konzept die kritische Studie zur ideengeschichtlichen Legitimation und politischen Performanz eines Scharia-basierten Staatsmodelles seit den rapiden Veränderungsprozessen des ‚Arabischen Frühlings‘ von B. Tibi: *The Shari'a-State*, Einleitung, Kapitel 2, 4 und 5.

67 Vgl. B.K. Rutherford: *Egypt after Mubarak*, S. 109-113.

Gemeinschaft, der Ermöglichung guter islamischer Regierungsführung und der Aufrechterhaltung und Verstärkung islamischer Werte.⁶⁸ Diese Ausführungen zeigen sehr deutlich, dass dem Einzelnen, seiner Handlungsfreiheit und seinen Rechten innerhalb der islamischen Gemeinschaft nicht derselbe Status zukommt wie in der Tradition des westlichen politischen Liberalismus, sondern dem Kollektiv der islamischen Umma und den Inhalten der Scharia die Priorität zugesprochen wird. Dieser Zusammenhang zeigt sich vor allem im islamistischen Verständnis von Demokratie, in welcher individuelle Rechte und vom Parlament verabschiedete Gesetze mit der Scharia konform sein sollten⁶⁹, sodass für den idealtypischen Kreislauf legitimer politischer Macht aus Sicht der Muslimbrüder gilt:

„Because Egyptian's have Islamic preferences, they will support *shari'a*, and if a democratic regime could accurately translate those preferences into law, then the regime would be both fully democratic and Islamic.“⁷⁰

Im Zuge der steigenden Partizipation der Muslimbruderschaft am politischen System Ägyptens unter und nach der Präsidentschaft Mubaraks sowie der damit einhergehenden Transformation ihrer weiterhin religiös fundierten und legitimierte politischen Ideen verfasste die Muslimbruderschaft verschiedene politische Grundsatzprogramme. Bereits im Jahr 1984, als durch das von Mubarak veränderte Parteiengesetz der angesprochene Wandel in Gang gesetzt wurde, verfasste die Muslimbruderschaft zwei Entwürfe eines Parteienmanifests, die nicht öffentlich eingereicht wurden, jedoch die interne Debatte um die politische Partizipation am ägyptischen Staat prägten.⁷¹ Nachdem 1994 ein weiteres politisches Wahlprogramm wenig öffentliche Beachtung fand, wurden in den 2000er Jahren⁷² zwei Dokumente veröffentlicht, die die inhaltliche und programmatische Vorarbeit der politischen Partizipation der Muslimbruderschaft nach dem Sturz Mubaraks bilden sollten. 2004 erarbeitete sie eine Initiative für Prinzipien der Reform in Ägypten. 2007 veröffentlichte sie, mit dem Rückenwind des Erfolges bei den Parlamentswahlen 2005, den Entwurf eines Parteiprogrammes.

68 Vgl. M.C. Browsers: *Democracy and Civil Society in Arab Political Thought*, S. 130-137 und S. 154-155.

69 Vgl. dazu auch die Analysen von B.K. Rutherford: *Egypt after Mubarak*, S. 113-117.

70 C. Harnisch/Q.Mecham: „Democratic Ideology in Islamist Opposition?“, S. 197.

71 Vgl. H. Al-Awadi: *In Pursuit of Legitimacy*, S. 83-84.

72 Vgl. A. Pargeter: *The Muslim Brotherhood. The Burden of Tradition*, S. 54-59 und M. Tadros: *The Muslim Brotherhood in Contemporary Egypt*, S. 12.

Dieser Entwurf entfachte eine große öffentliche Debatte. Grundsätzlich waren die darin geäußerten politischen Positionen in Bezug auf eine starke Stellung der Scharia und islamischer Rechtsgelehrter eine Konzession an die konservativen Teile der Bewegung. Jedoch gingen diese Konzessionen der jüngeren Generation der Führungsränge der Muslimbruderschaft sowie großen Teilen der ägyptischen Öffentlichkeit deutlich zu weit.⁷³ Die Vorarbeit dieser beiden Dokumente für das Wahlprogramm des 2011 gegründeten Parteiablegers der Muslimbruderschaft, der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei⁷⁴, liegt darin, dass die finalen Themen des parteipolitischen Konzepts der Muslimbruderschaft erstmalig festgelegt worden waren. Dazu gehören vor allem die Themen der staatlichen Souveränität (Volks-herrschaft und der Einfluss der Scharia), der politischen Herrschaftskontrolle (Schura), des politischen Pluralismus und der Staatsbürgerschaft.⁷⁵

In diesem Sinne umfasst das für die zwei Parlamentswahlen der Jahre 2011 und 2012 entworfene Wahlprogramm der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei fünf große Themenbereiche, in denen ein modernes, auf den Grundsätzen der Scharia beruhendes politisches System skizziert wird, welches besonderen Wert auf die Rechtssicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die Schura als Regierungsprinzip, aber auch die Wahrung und Stärkung des Islam und eine Wiederbelebung der politischen, religiösen und kulturellen Führungsrolle Ägyptens legt.⁷⁶ Nach einem ersten Teil über die Identifikation dringender politischer Handlungsfelder (Sicherheitskräfte, wirtschaftliche Lage und Kampf gegen Korruption)⁷⁷ kommt es in jenem Wahlprogramm zur Erarbeitung der Charakteristika des Staates, der Natur des politischen Systems und fundamentaler politischer Prinzipien.⁷⁸ Zu Beginn dieses Abschnittes wird gleich betont, dass die Errichtung des angestrebten zivilen und islamischen Staates „[...] requires a new constitution, with enlightened principles of Sharia (Islamic law) as its frame of reference and the source to its articles and the subsequent changes in the legal sys-

73 Vgl. A. Pargeter: *The Muslim Brotherhood. The Burden of Tradition*, S. 54-59.

74 Auch nach dem Sturz Mohammed Mursis, der Zerschlagung und Verhaftung zahlreicher Muslimbrüder und weiterer Repressionen durch den ägyptischen Staat ab Juli 2013 ist die englischsprachige Webseite der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei weiterhin online zugänglich: <http://www.fjponline.com/> [letzter Zugriff am 01.02.2015].

75 Vgl. dazu die sehr informativen und aussagekräftigen Analysen von M. Tadros: *The Muslim Brotherhood in Contemporary Egypt*, Kapitel 3, 4 und 6.

76 Vgl. *Freedom and Justice Party: Election Program* (<http://www.fjponline.com/uploads/FJPprogram.pdf>. [letzter Zugriff am 01.02.2015]).

77 Vgl. ebd., S. 6-9.

78 Vgl. ebd., S. 10-16.

tem.“⁷⁹ Dabei wird die Rolle der Scharia vor allem im Hinblick auf die Erzeugung von verfassungsmäßig garantierter Rechtssicherheit interpretiert, da ergänzend hinzugefügt wird, dass: „This would safeguard for Egyptian citizens all their social, economic, political and other rights, without prejudice.“⁸⁰ Als konstitutives Merkmal des Regierungsprinzips in einem auf der Scharia beruhenden islamischen Verfassungsstaat wird die Schura festgelegt. Für diese gilt jedoch, dass sie deutlich über ein politisches Kontroll- und Regulierungsinstrument hinausgeht und großen Einfluss auf das soziale Miteinander besitzt:

„Shura is not merely a political principle governing only the forms of political relations. Indeed, it is a pattern of behaviour and a general approach to managing the various aspects of life in the State, in addition to being a frame of work for faith and a moral guide for the behaviour of individuals and their social relations, instilled in the hearts and minds of individuals, families, societies and the rulers, in order for it to become part and parcel of the patriotic character and an important ingredient thereof, and to engage all citizens.“⁸¹

Im Anschluss an dieses Themenfeld der angestrebten politischen Ordnung werden die Themen der sozialen Gerechtigkeit⁸² und der gesellschaftlichen Entwicklung⁸³ angesprochen. Abschließend behandelt das Wahlprogramm die zukünftige regionale Rolle Ägyptens mit seinem politischen, religiösen, kulturellen und medialen Führungsanspruch im Lichte seiner traditionell besonderen Stellung, die es auf verschiedene Art und Weise zu revitalisieren gelte.⁸⁴ Das primäre Verbindungsmerkmal der arabischen Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens ist die Religion des Islam und in diesem Sinne kommt den religiösen Institutionen des Landes die Schlüsselrolle in der Wiederherstellung der regionalen Führungsrolle Ägyptens zu:

„The Egyptian people are amongst the oldest and most devoted to their religion. They also have the most respect for the religious morals and values. They consider the religion of Islam the supreme authority and fundamental framework for them in all fields. Therefore, our program relies on religious institutions and expects them to play a prominent role in promoting the various cultural, political, social and other aspects of Egyptian life.“⁸⁵

79 Ebd., S. 10.

80 Ebd.

81 Ebd., S. 11.

82 Vgl. ebd., S. 17-21.

83 Vgl. ebd., S. 22-34.

84 Vgl. ebd., S. 35-43.

85 Ebd., S. 41.

Die jüngere Verfassungsgeschichte Ägyptens begann im Jahr 1971, als die bis 2011 gültige Verfassung des Landes und das bis heute tätige oberste ägyptische Verfassungsgericht per nationalem Referendum eingerichtet wurden. 1980, noch unter der Regierungszeit Sadats, wurde Artikel 2 dieser Verfassung geändert und die islamische Scharia wurde von einer grundlegenden Quelle zu der grundlegenden Quelle der ägyptischen Gesetzgebung. Was zunächst vor allem eine symbolische Geste gegenüber dem islamistischen Milieu darstellte, wurde ab 1993 in der Rechtsprechung durch das oberste Verfassungsgericht an verschiedenen Fällen zu einer utilitaristischen Theorie und Methodik der Scharia-Rechtsprechung fortentwickelt.⁸⁶ Die auf diese Weise bereits existierende Einbeziehung islamischer Rechtsvorstellungen in der ägyptischen Verfassungspraxis und die zentrale Rolle der Scharia im Wahlprogrammes der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei lassen erkennen, dass im Zuge des politischen Transformationsprozesses nach dem Sturz Mubaraks der Ausgestaltung der neuen ägyptischen Verfassung eine entscheidende Wegmarke zukam. Mit einigem Abstand zur Annahme dieser Verfassung⁸⁷ per Referendum am 15.12. und 22.12.2012⁸⁸ zeichnet sich ab, dass für die Muslimbrüder der oberste ägyptische Militärat, der nach dem Sturz Mubaraks sämtliche Regierungsfunktionen übernommen hatte, die zahlreichen, aber auch zersplitterten liberalen und säkularen Protestbewegungen und die aufstrebenden salafistischen Parteien und Gruppierungen die wichtigsten Gegenspieler im Verfassungsgebungsprozess waren. Folglich verließ sich die Muslimbruderschaft bei der Durchsetzung eines islamisch geprägten Verfassungsentwurfes neben der neu gewonnenen präsidentiellen Machtfülle durch den Wahlsieg ihres Kandidaten Mursi auf eine Allianz mit dem inhaltlich nahe stehenden salafistischen Lager.⁸⁹ Dies hatte zur Konsequenz, dass die Ende 2012 angenommene Verfassung noch stärkere islamische Bezüge bekam als das skizzierte Wahlprogramm vermuten ließ.

Dies läßt sich daran festmachen, dass die Scharia weiterhin in Artikel 2 als die grundlegende Quelle der ägyptischen Gesetzgebung verankert blieb, ihre

86 Vgl. die detaillierte Schilderung und Analyse von C. Benner Lombardi: „Islamic Law as a Source of Constitutional Law in Egypt“, S. 81–123.

87 Eine englische Übersetzung der Verfassung lässt sich unter dieser Webadresse abrufen: <http://www.sis.gov.eg/newvr/theconstitution.pdf> [letzter Zugriff am 31.01.2015].

88 Bei einer Wahlbeteiligung von 32,9 % wurde die Verfassung mit 63,8 zu 36,2 Prozent der abgegebenen Stimmen angenommen. Vgl. <http://eisa.org.za/WEP/egy2012referendum.htm> (letzter Zugriff am 31.01.2015).

89 Vgl. die detaillierte Schilderung des Verfassungsgebungsprozesses von S. Tadros: „What is a Constitution Anyway?“.

Stellung jedoch durch weitere Artikel gestärkt wurde. *Erstens* war es nun die ägyptische al-Azhar, die laut Artikel 4 der Verfassung von 2012 in Angelegenheiten des islamischen Rechts zu konsultieren sei. *Zweitens* wurde die Bedeutung der Scharia in dem neu geschaffenen Artikel 219 erstmalig ausformuliert als: „The principles of Islamic Sharia include general evidence, foundational rules, rules of jurisprudence, and credible sources accepted in Sunni doctrines and by the larger community.“⁹⁰ *Schließlich* ergab gerade diese weite Definition und der Hinweis auf die Akzeptanz von Scharia-Prinzipien in der breiteren Gemeinschaft in Verbindung mit den Verfassungsartikeln 10, 76 und 81, die Aussagen über die Rolle von Werten in der Familie, der Gesellschaft und dem Gebrauch von individuellen Freiheiten trafen, für einige Interpreten ein Einfallstor für eine Einschränkung von Freiheitsrechten durch Scharia-Prinzipien.⁹¹

Der immense politische Erfolg des gewonnenen Verfassungsreferendums und damit eine scheinbar komplette Übernahme der ägyptischen Staatsorganisation durch die Muslimbruderschaft waren jedoch nicht von langer Dauer. Rückblickend auf den Sturz von Mohammed Mursi am 03.07.2013, die anschließende Machtübernahme durch das ägyptische Militär, die Einstufung der Muslimbruderschaft als Terrororganisation im Dezember 2013⁹² und das positive Referendum über eine neue Verfassung am 08. und 12.01.2014⁹³ scheint die Muslimbruderschaft nicht dazu in der Lage gewesen zu sein, ihrem „doppelten Dilemma“⁹⁴ gerecht zu werden. Mit der Durchsetzung ihres Verfassungsentwurfes mit Unterstützung des salafistischen Lagers und den anschließenden Machtkämpfen mit dem ägyptischen Militär und der Richterschaft machte sie sich die übrig gebliebene Staatselite (den sogenannten *deep state*) zum erbitterten Gegner. Zusätzlich erwies sich die Muslimbruderschaft als nicht dazu fähig, die verbliebenen säkular-liberalen Gruppierungen, die sich selbst als rechtmäßige Träger der Revolution von 2011 sahen, mit in das von ihr dominierte politische System einzubeziehen, was im Sommer 2013 eine erneute Welle von Massenprotesten zur Folge hatte. Die Konsequenzen waren schwerwiegend und katapultierten die Muslim-

90 S. 57 der englischen Übersetzung der ägyptischen Verfassung von 2012 (<http://www.sis.gov.eg/newvr/theconstitution.pdf> [letzter Zugriff am 01.02.2015]).

91 Vgl. die kritische Analyse der Verfassung durch S. Tadros: „What is a Constitution Anyway?“, S. 15-16 und S. 20-21.

92 Vgl. Ohne Verfasser: „Egypt government declares Muslim Brotherhood ‘terrorist group‘“.

93 Vgl. Ohne Verfasser: „Ägyptens Wahlkommission verkündet 98,1-Prozent-Ergebnis“.

94 Vgl. die erstaunlich genauen Einschätzungen, die C. Rosefsky Wickham: *The Muslim Brotherhood*, auf S. 268 noch vor der Entmachtung Mursis formulierte.

bruderschaft innerhalb kürzester Zeit von der Spitze des politischen Systems zurück in den Untergrund und damit an den Rand der ägyptischen Politik. Das zeigt sich in besonders deutlicher Weise an den jüngeren, äußerst harschen Gerichtsurteilen gegen Mitglieder der Muslimbruderschaft.⁹⁵ Letztlich ist die Muslimbruderschaft auch damit gescheitert, ihr transnationales Netzwerk in der MENA-Region auszubauen und unter der Führung Ägyptens Einfluss auf die geopolitischen Konkurrenzkämpfe dieser Region zu nehmen. Nicht nur konnte das ägyptische Militär durch die Ende Mai 2014 stattgefundenen Präsidentschaftswahlen und den Sieg ihres Kandidaten, Abd al-Fattah al-Sisi (*1954), eine gewisse demokratische Legitimation generieren, sondern die Muslimbruderschaft wurde ebenfalls in Saudi Arabien, wo ihr Einfluss stets äußerst argwöhnisch beobachtet wird, als Terrororganisation eingestuft.⁹⁶

95 Vgl. Ohne Verfasser: „Egypt court sets 28 April to rule in trial of Brotherhood leader, 682 others“ und N.J. Brown/M. Dunne: „Egypt’s Judges Join In“.

96 Vgl. die Analyse von E. Iskander Monier/A. Ranko: „The Fall of the Muslim Brotherhood“ sowie Berichte über die jüngsten politischen Ereignisse: L. Brozus/S. Roll: „EU-Beobachter unterstützen Ägyptens unfreie Präsidentschaftswahl“ und S. Lacroix: „Saudi Arabia’s Muslim Brotherhood Predicament“.

6. Die AKP und der politische Islam als Regierungspartei

Die Ausgangslogik dieser Fallstudie zur AKP liegt darin, die Endphase des Osmanischen Reiches ab dem 19. Jahrhundert als einen zentralen Ursprungskontext des Feldes islamistischer Bewegungen und Bestrebungen in der modernen Republik der Türkei anzusehen. Diese Logik folgt der weit verbreiteten Ansicht, dass dem Gründungsprozess der Türkei aus dem zerfallenen Osmanischen Reich heraus bis heute wirksame institutionelle Strukturen (Verfassung und die besondere Rolle des türkischen Militärs) und spezifische innenpolitische Konfliktfelder (kemalistische Prinzipien und der erzwungene öffentliche Bedeutungsverlust des Islam sowie die Frage nach der türkischen Identität) entsprungen sind. Deshalb kommt es im ersten Unterkapitel dieser Fallanalyse zur Darstellung der zentralen Ereignisse und Reformen im Osmanischen Reich (vor allem der Tanzimat-Periode), den einzelnen Etappen der Gründung der türkischen Republik im Jahr 1923 und den Inhalten der sogenannten kemalistischen Reformen unter der Präsidentschaft von Mustafa Kemal Atatürk. Die herausgearbeiteten institutionellen Strukturen und innenpolitischen Konfliktfelder werden anschließend für die Interpretation der Entwicklungsgeschichte des islamistischen Milieus der modernen Türkei, der Entstehung der AKP und der Implementation ihrer zentralen politischen Programme und Projekte bis in die Gegenwart verwendet. Diese historisch fundierte Logik der Fallanalyse der AKP sollte jedoch nicht im Sinne eines historischen Determinismus verstanden werden, sondern vielmehr als eine historisch langfristig ausgerichtete Blickweise auf den Einfluss der AKP auf die Türkei. Weitere mögliche Interpretationsansätze werden nicht ausgeschlossen und selbstverständlich ebenfalls herangezogen.

6.1 VON DER TANZIMAT-PERIODE ZUR GRÜNDUNG DER TÜRKISCHEN REPUBLIK

Der Ursprung der Turkstämme liegt im heutigen Gebiet Zentralasien. Bereits in der Spätantike kam es zu ersten überlieferten Berichten über die turkstämmigen Nomadenreiche, deren militärischer und politischer Einfluss sich bis nach Persien und Byzanz und über große Wanderungsbewegungen und die Verbindungen mit Hunnenstämmen bis nach Zentraleuropa erstreckte. Nachdem der turkstämmige Herrführer Seldschuk (Lebensdaten werden sehr vage angegeben – das Todesjahr auf 1038 geschätzt) 970 den Islam durch den Einfluss des persischen Sassaniden-Reiches angenommen hatte, nahm der Zustrom von Turkstämmen ins heutige Anatolien immer mehr zu. Das 11. und 12. Jahrhundert werden als erster Höhepunkt des türkischen Einflusses in dieser Region angesehen. Dieser wurde durch extern ausgelöste Veränderungen zunächst abgeschwächt, sollte später aber zu der zentralen gesellschaftlichen Dynamik für die Region vom Balkan, über den Kaukasus, Anatolien, die Levante und bis nach Nordafrika werden.¹ Denn:

„Nach der Invasion der Mongolen unter Hülagu Khan 1258 ging das Reich des Kalifen von Bagdad nieder; die Welt des Islam verwandelte sich in eine Welt der Kleinstaaterei und vieler Emirate und Lokalfürsten.“²

In der Folgezeit konnte sich die Dynastie der Osmanen, 1299 durch Osman I. (1281-1324) begründet, immer weiter gegen seine regionalen Konkurrenten (das persische und byzantinische Reich und die Dynastie der Seldschuken) durchsetzen und 1453 wurde Byzanz durch Sultan Mehmed II. al-Fatih (1432-1481; Beiname: Der Eroberer) eingenommen, in Konstantinopel umbenannt und damit das Osmanische Reich gegründet. Neben der schon vorher stattgefundenen Ausdehnung der osmanischen Herrschaft auf den Balkan konnte 1517 Kairo durch die Osmanen erobert werden. Von da an stellten die Osmanen nicht mehr nur die führenden Emire und den Sultan ihres Reiches, sondern sogar den Kalifen und zeigten damit bis 1924 ebenfalls ihren universellen Führungsanspruch in der islamischen Welt an.³ Da:

1 Vgl. U. Steinbach: Die Türkei im 20. Jahrhundert, S. 16-23.

2 B. Tibi: Aufbruch am Bosphorus, S. 79.

3 Vgl. U. Steinbach: Die Türkei im 20. Jahrhundert, S. 24-29.

„Im klassischen Islam basierte die Autorität des Kalifen als Imam der islamischen *Umma* auf der ihm unterstellten Gabe, die göttlich legitimierte Ordnung fortzuführen. Konkret bezieht sich dies auf die Eignung des Kalifen, als Bewahrer des Erbes Mohammeds und sein Nachfolger (=Kalif) zu herrschen.“⁴

Während der größten Ausdehnung des osmanischen Reiches zur Mitte des 16. Jahrhunderts unter der vier Jahrzehnte dauernden Herrschaft von Süleyman I. (1494-1566) kam es mit der schließlich erfolglosen Belagerung Wiens 1529 sogar zur Bedrohung der europäischen Herrscherhäuser. Ein 1536 zwischen dem Osmanischen Reich und dem Königreich Frankreich unterzeichneter und als *Kapitulationen* bezeichneter Vertrag normalisierte und vertiefte die zahlreichen Beziehungen zwischen den europäischen Monarchien und dem Osmanischen Reich. Der sukzessive Niedergang des Osmanischen Reiches wird neben innenpolitischen Problemen vor allem der militärischen Revolution, d.h. den ab dem 17. Jahrhundert beginnenden Fortschritten der europäischen Monarchien auf dem Gebiet der modernen Militärtechnik, zugeschrieben. In der Folge dieser militärtechnologischen Machtverschiebung, dem Aufstieg und dem Expansionsdrang des russischen Zarenreiches und der Gegenwehr verschiedener europäischer Allianzen verlor das Osmanische Reich Gebiete auf dem Balkan, in der Region des Schwarzen Meeres und auf dem Kaukasus. Wie bereits geschildert, begannen mit der Invasion Ägyptens durch Napoleon Bonaparte die Gebietsverluste in Nordafrika und 1805 erlangte Ägypten unter Mohammed Ali seine (vorübergehende) Unabhängigkeit.⁵

Eine zentrale Reaktion auf diese externen Schocks war die Implementierung verschiedener militärischer, politischer und rechtlicher Reformen, die inhaltlich stark durch die Vorbilder der sich im Industrialisierungsprozess befindlichen europäischen Monarchien beeinflusst waren. Im Zuge der sogenannten *Tanzimat-Reformen* oder der *Tanzimat-Periode* (Phase der Neuordnung), die auf die Zeitspanne von den 1830er Jahren bis zur Einführung der ersten türkischen Verfassung 1876 datiert wird, kam es zu umfassenden Veränderungen in der Ordnung des Osmanischen Reiches.⁶ Diese Reformen versuchten, das multiethnische und multi-religiöse Reich der Osmanen stärker an den institutionellen und politisch-rechtlichen Strukturmustern der sich herausbildenden europäischen Nationalstaaten aus-

4 B. Tibi: Der wahre Imam, S. 33.

5 Vgl. U. Steinbach: Die Türkei im 20. Jahrhundert, S. 29-38 und B. Tibi: Aufbruch am Bosphorus, S. 214-221.

6 Vgl. die historischen Untersuchungen von N. Berkes: The Development of Secularism in Turkey, S. 137-200 und B. Lewis: The Emergence of Modern Turkey, S. 40-125.

zurichten, konnten jedoch den weiteren Zerfall seines Territoriums nicht aufhalten. Der sogenannte ‚kranke Mann am Bosphorus‘ geriet gegenüber den expandierenden europäischen Ländern und dem ebenfalls territorial wachsenden russischen Zarenreich immer weiter ins Hintertreffen. Der Kriegseintritt des Osmanischen Reiches auf der Seite des deutschen Kaiserreiches Ende Oktober 1914 sollte schließlich sein Ende bedeuten. Es verlor im Laufe des Krieges nicht nur seine letzten Gebiete auf dem Balkan und in Griechenland, sondern auch auf dem Kaukasus, in Nordafrika und letztlich gegen Frankreich und England ebenfalls Palästina, das heutige Syrien und den heutigen Irak. Nach einer Invasion Istanbuls durch englische und französische Schlachtschiffe und Truppen Ende 1918 unterzeichnete das Osmanische Reich mit dem Vertrag von Sèvres am 10.08.1920 einen Waffenstillstand, der großflächige Gebietsverluste umfasste und einen osmanischen Rumpfstaat zur Folge hatte. Erst durch den militärischen Widerstand der Bewegung der ‚Jungtürken‘, die in den 1890er Jahren im Exil gegründet, durch ihre Organisation *Komitee für Einheit und Fortschritt* zum großen, national gesinnten Gegenspieler der Herrschaft des Hauses Osman geworden waren, konnte sich die Türkei als moderner und souveräner Nationalstaat behaupten. Unter der militärischen Führung von Mustafa Kemal, dem 1934 durch das türkische Parlament der Beiname ‚Atatürk/Vater der Türken‘ verliehen wurde, konnten die Expansionsbewegungen der griechischen Armee, der Engländer und Franzosen in der Levante, der UdSSR auf dem Kaukasus und die Autonomiebestrebungen der Armenier und Kurden gestoppt werden.⁷ Die Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne am 24.07.1923 festigte die Grenzen des neuen türkischen Staatswesens, das nach der Einberufung der türkischen Nationalversammlung am 11.08.1923, der Benennung der Hauptstadt Ankara am 13.10.1923 und der Einsetzung der neuen Verfassung und Ausrufung der türkischen Republik am 29.10.1923 seine bis heute gültige Grundstruktur finden sollte.⁸

„Its [Vertrag von Lausanne, T.H.] chief significance for Turkey was the re-establishment of complete and undivided Turkish sovereignty in almost all the territory included in the present-day Turkish Republic. At the same time the capitulations, long resented as symbol of inferiority and subservience, were abolished.“⁹

7 Der in der Türkei höchst umstrittene Genozid an der armenischen Bevölkerung sei an dieser Stelle der Vollständigkeit halber erwähnt, ohne jedoch auf Details eingehen zu können.

8 Vgl. F. Adanir: Geschichte der Republik Türkei, S. 9-33 und U. Steinbach: Die Türkei im 20. Jahrhundert, S. 39-55 und S. 93-120.

9 B. Lewis: The Emergence of Modern Turkey, S. 249.

Als Staatspräsident und Vorsitzender der 1923 gegründeten Volkspartei, welche 1924 in die bis heute bestehende Bezeichnung Republikanische Volkspartei (CHP) umbenannt wurde, setzte Atatürk in den 1920er und 1930er Jahren umfassende Reformen durch. Neben der bereits 1922 vorgenommenen Abschaffung des Sultanats wurde 1924 das Kalifat abgeschafft, alle Angehörigen des Hauses Osman des Landes verwiesen, das Ministerium für geistige Angelegenheiten und geistige Stiftungen abgeschafft und das bis heute bestehende Präsidium für Religionsangelegenheiten (*Diyanet İşleri Başkanlığı*) gegründet. 1926 wurde das türkische Bürgerliche Gesetzbuch auf der Basis italienischen Strafrechts und schweizer Zivilrechts eingeführt, 1927 die Scharia abgeschafft und 1928 der Islam-Bezug aus der Verfassung gestrichen. 1928 wurde, nach der Übernahme des Gregorianischen Kalenders im Jahr 1925, ebenfalls die lateinische Schrift eingeführt und 1929 der Arabisch- und Persisch-Unterricht an den Schulen aufgehoben. Auf diese Weise wurde der türkische Staat umfassend säkularisiert und verwestlicht. 1937 wurden die Prinzipien des *Kemalismus* (Nationalismus, Laizismus, Republikanismus, Populismus, Revolutionismus und Etatismus) in die Verfassung aufgenommen.¹⁰ Für die gesellschaftliche Verfasstheit der modernen Türkei bedeutete diese umfassende, staatlich verordnete Modernisierung und Säkularisierung die Entstehung vielschichtiger und komplexer Konfliktlinien, die für den Aufbau und die Analyse der weiteren Fallstudie zur AKP verwendet werden:

- Die anhand der aufgeführten Schritte der türkischen Staatsgründung und der kemalistischen Reformen stattgefundene ‚Säkularisierung von oben‘ hatte den kompletten Bruch mit der hierarchisch angeordneten und religiös legitimierte Gesellschaftsordnung des Osmanischen Reiches zur Folge, in welcher u.a. die Einordnung von religiösen Minderheiten in das multikonfessionelle Millet-System eine hohe Bedeutung für sozialen Ausgleich und Frieden einnahm.¹¹
- Folgen dieser ‚Säkularisierung von oben‘ sind der heftig geführte politische Deutungskampf um die öffentliche Rolle der Religion des Islam und der Konflikt zwischen den ‚Lagern‘ der Kemalisten und der Islamisten.¹²
- Ebenfalls ungeklärt bleibt die türkische Identität, was für einige Beobachter auf die Reformen im späten Osmanischen Reich und die Fortführung dieses

10 Vgl. F. Adanir: Geschichte der Republik Türkei, S. 34-38 und U. Steinbach: Die Türkei im 20. Jahrhundert, S. 123-144.

11 Vgl. die hervorragende Skizzierung dieser politisch-religiösen Ordnung und ihres Zusammenbruchs bei N. Berkes: The Development of Secularism in Turkey, S. 4-14.

12 Vgl. die Argumentation von U. Azak: Islam and Secularism in Turkey.

Reformprojekts durch Atatürk und die CHP zurückzuführen ist. Zunächst gab es in der Spätphase des Osmanischen Reiches Versuche, eine multiethnische und multikonfessionelle osmanische Identität zu entwickeln. Erst durch das Erstarken der ‚Jungtürken‘ kommt es im Verlauf des Gründungsprozesses der Türkei zur Durchsetzung einer türkischen Identität.¹³

- Diese türkische Identität ist jedoch eng mit der Bedingung verknüpft, gleichzeitig Muslim zu sein, sodass nicht-islamische bzw. nicht-türkische Minderheiten bis heute schwer integriert werden können¹⁴ und allen kemalistischen Reformen zum Trotz die sozio-kulturellen Einflüsse der osmanischen Gesellschaftsordnung spürbar bleiben.¹⁵
- Letztlich waren die ‚Jungtürken‘ vor allem eine Gruppierung innerhalb des osmanischen Militärs und die politische Stärke Atatürks beruhte auf seinen militärischen Erfolgen mit der Sicherung der territorialen und staatlichen Integrität der Türkei. Der Konflikt jedoch zwischen dem Militär und zivilen Vertretern der Politik um die Rolle des Militärs in der Politik bleibt ein bis heute prägendes Feld der türkischen Innenpolitik.¹⁶

6.2 DIE ISLAMISTISCHEN VORGÄNGERPARTEIEN UND DER WEG ZUR GRÜNDUNG DER AKP

Angesichts dieser zusammengetragenen Informationen zu historisch gewachsenen innenpolitischen Konfliktfeldern der Türkei ist es wenig überraschend, dass eine Analystin bei der Genese des Feldes islamistischer Bewegungen und Parteien in der Türkei zu diesem Schluss gekommen ist:

„That is to say, the inherent peculiarities and paradoxes of Turkish modernity and the subsequent breakdown of its reliability and legitimacy constitute the main grounds for the Muslim intellectuals’ critical discourse.“¹⁷

13 Vgl. Lewis: *The Emergence of Modern Turkey*, S. 1-17.

14 Vgl. S. Cagaptay: *Islam, Secularism, and Nationalism in Modern Turkey*.

15 Vgl. M.E. Meeker: *A Nation of Empire*.

16 Vgl. die starke Stellung des seit 1961 in der türkischen Verfassung verankerten Nationalen Sicherheitsrates und die drei Militärputsche 1960-61, 1971-73 und 1980-83 dargestellt bei F. Adanir: *Geschichte der Republik Türkei*, S. 88-115 und C. Rumpf/U. Steinbach: „Das politische System der Türkei“.

17 S. Karasipahi: *Muslims in Modern Turkey*, S. 1.

Im Sinne dieses Interpretationsansatzes haben die von Atatürk verordneten Reformen der politischen, rechtlichen und religiösen Strukturen der türkischen Republik sowie ihres Erziehungs- und Schulwesens nicht zu einer vollständigen Säkularisierung und Verwestlichung der Gesellschaft geführt. Vielmehr bot die politische Ideologie des in den Verfassungsrang erhobenen Kemalismus eine breite Angriffsfläche für muslimische Intellektuelle, die in ihren Schriften die Argumentationslogik Atatürks umdrehen:

„In fact, they [Muslim intellectuals, T.H.] see the West and modernity as the source of all evils in society. Related to this argument, Islam is the unique solution for the well-being and salvation of humanity.“¹⁸

Dabei kommen in diesen Schriften die negativen Konsequenzen des atatürkischen Modernisierungskurses zum Ausdruck. Diese werden in der Vernachlässigung der ländlichen Gebiete der Türkei und dem Desinteresse der kemalistischen Elite an eher ländlichen, oftmals religiös geprägten Werteorientierungen gesehen. So verbanden sich im Diskurs muslimischer Intellektueller schlussendlich Moral und Religion und es wurde die große Bedeutung der benachteiligten und ausgeschlossenen ländlichen Gebiete der Türkei herausgestellt.¹⁹ Konsequenterweise sprachen die türkischen Medien nach dem Wahlerfolg der AKP 2002 auch von einer ‚anatolischen Revolution‘, die durchaus als Sieg der authentischen, nicht-korrupten Türkei über die säkulare und militärische Elite gesehen wurde.²⁰ Dieser Lesart entsprechend wird folglich die Politik der AKP als Kulmination der vielschichtigen Transformationsprozesse im islamistischen Milieu der Türkei angesehen.²¹

Der sichtbarste Anfangspunkt dieses Milieus²² ist die Gründung der Nationalen Ordnungspartei (*Millî Nizam Partisi*) im Jahr 1970 unter der Führung von

18 Ebd., S. 8.

19 Vgl. ebd., S. 191-198.

20 Vgl. M. Sen: „Transformation of Turkish Islamism and the Rise of the Justice and Development Party“, S. 59.

21 Vgl. B. Duran: „The Experience of Turkish Islamism“, S. 5.

22 W. Hale/E. Özbudun: *Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey*, zählen in ihrer Studie auf S. 16 zu diesem Milieu TV-Stationen, Radiosender, Zeitungen, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, private Stiftungen, Firmen, religiöse Orden und Schulen (u.a. die Imam-Hatip Schulen). M.H. Yavuz/J.L. Esposito: „Introduction“, nennen auf S. xxvii neben der Bewegung des ‚Millî Görüş‘ die religiösen Naksibendi Orden und die Gülen-Bewegung als Hauptproponenten des türkischen Islamismus. Im

Necmettin Erbakan (1926-2011), der für Jahrzehnte die prägende Person des türkischen Islamismus werden sollte. Diese Partei wurde im Zuge des 2. Militärputsches wegen unterstellter anti-säkularer Aktivitäten durch das türkische Verfassungsgericht bereits 1971 wieder verboten und geschlossen. Ihre Nachfolgepartei, die Nationale Heilspartei (*Milli Selamet Partisi*), wurde 1972 unter dem Vorsitz von Süleyman Arif Emre (*1923) gegründet, einige Zeit später sollte Erbakan den Parteivorsitz jedoch wieder übernehmen. Die Nationale Heilspartei konnte an zwei verschiedenen Regierungskoalitionen teilnehmen und wurde 1981 – wie alle übrigen Parteien ebenfalls – infolge des 3. Militärputsches verboten. 1983 kam es zur Gründung der Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi*), die (aus einem Großteil der Führungsriege der Nationalen Heilspartei bestehend) ab 1991 im nationalen Parlament vertreten war. Nachdem die Wohlfahrtspartei bei den nationalen Parlamentswahlen des Jahres 1995 158 Sitze (21,4 % der Stimmen) erlangen konnte und mit der Partei des Rechten Weges (*Dogru Yol Partisi*) eine islamistisch geprägte Koalitionsregierung bilden konnte²³, wurde sie 1998, nach einer vorherigen Warnung des Nationalen Sicherheitsrates, durch das türkische Verfassungsgericht verboten. Ihre bereits 1998 gegründete Nachfolgepartei, die Tugendpartei (*Fazilet Partisi*), konnte bei den Parlamentswahlen 1999 zwar nur noch 15,4 % der Stimmen und damit keine Regierungsbeteiligung erlangen, wurde jedoch 2001 durch das Verfassungsgericht wiederum verboten. Dieses Verbot mündete in der Spaltung ihrer Mitglieder und Führungsriege. Es kam zur Gründung von zwei Parteien: Die AKP wurde 2001 unter der Führung von Recep Tayyip Erdogan und Abdullah Gül (*1960), heutiger Staatspräsident der Türkei, gegründet, während eine andere Gruppe, die Erbakan zugeordnet wird, die Partei der Glückseligkeit (*Saadet Partisi*) bildete. Bereits bei den nationalen Parlamentswahlen 2002 sollte die AKP mit 34,3 % der Stimmen die alleinige Regierungsmehrheit erlangen.²⁴

Ein zentrales, die islamistischen Bewegungen und Parteien verbindendes ideologisches Konzept wird als Nationaler Ausblick/ *Milli Görüş* bezeichnet und umfasst unter der Synthese nationaler und moralisch-religiöser Werte eine Vielzahl von Elementen. Neben der bereits zu Beginn dieses Unterkapitels angesprochenen anti-westlichen und anti-säkularen Einstellungen ist der türkische Islamismus dieses Milli Görüş geprägt von einem starken Nationalismus und der

Folgenden wird nur auf die Entwicklung des ‚Milli Görüş‘ eingegangen, da die AKP aus diesem Strang des Islamismus hervorgegangen ist.

23 Necmettin Erbakan war dabei von 1996-1997 türkischer Ministerpräsident.

24 Für diese Schilderung der Entstehungsgeschichte der AKP vgl. W. Hale/E. Özbudun: *Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey*, S. 3-5.

Vorstellung der Türkei als der Führungsmacht der islamischen Welt, was regelmäßig zur Charakterisierung dieses Denkens als *Neo-Osmanismus* geführt hat.²⁵ Der Aufstieg des vielschichtigen islamistischen Milieus der Türkei bis zum Wahlsieg der AKP 2002 wird von Beobachtern in enge Verbindung mit den durch den 3. Militärputsch ausgelösten politischen und sozialen Veränderungen gebracht. Anfang der 1980er Jahre sprach sich die politische Führungselite der Türkei für eine türkisch-islamische Synthese, d.h. für eine Revitalisierung des türkischen Nationalismus und des Islam aus. Vor allem das Militär führte das politische Chaos der 1970er Jahre auf einen Mangel an nationaler Kultur zurück. Die politische Ideologie der sogenannten türkisch-islamischen Synthese hatte sich bereits in den 1970er Jahren entwickelt und stand in enger Verbindung und inhaltlicher Nähe zum türkischen Islamismus, der damals beide durch einen starken Religionsbezug und Nationalismus gekennzeichnet waren. In der Verfassung von 1982 wurde in den Artikeln 24 und 136 die Bedeutung von religiöser und moralischer Kultur betont und der Staat baute mit den Imam-Hatip Schulen das religiöse Erziehungs- und Ausbildungswesen stark aus.²⁶

„When the Cold War came to an end in 1991, Turkey had already been in the grip of almost a decade-long propaganda of Sunni Islam and ethnic Turkish nationalism through the government-controlled media monopoly and in the schools of the country.“²⁷

Zu dieser staatlichen Hinwendung zum sunnitischen Islam und türkischen Nationalismus im Verlauf der 1980er Jahre müssen als weitere Aufstiegsfaktoren des türkischen Islamismus die ebenfalls in den 1980er Jahren beginnenden wirtschaftlichen Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse gezählt werden. Diese haben nicht nur zur sukzessiven Ausbildung einer religiös geprägten Mittelschicht, welche vor allem den Wählerstamm der Wohlfahrtspartei bildete, sondern auch zu einer Stärkung des privaten Sektors islamistischer Mediendienste und Stiftungen geführt, die das staatliche Bildungs- und Medienmonopol sukzessive durchbrachen²⁸, sodass:

25 Vgl. ebd., S. 5-8; B. Tibi: Aufbruch am Bosphorus, S. 27-52 und W. Gieler: „Die Neuorientierung der türkischen Außenpolitik zwischen ‚Neo-Osmanismus‘ und regionalem Führungsanspruch“.

26 Vgl. S. Karasipahi: Muslims in Modern Turkey, S. 34 und M. Sen: „Transformation of Turkish Islamism and the Rise of the Justice and Development Party“, S. 61-68.

27 A. Carkoglu/E. Kalaycioglu: The Rising Tide of Conservatism in Turkey, S. 15.

28 Vgl. B. Duran: „The Experience of Turkish Islamism“, S. 10; W. Hale/E. Özbudun: Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey, S. 11-15 und M. Sen: „Transfor-

„[...] es etablierten sich in ihren Lebensstilen islamisch-konservative Wirtschaftseliten, deren zunehmende Präsenz im öffentlichen Leben des Landes das Bild vermittelte, dass eine islamisch-religiöse Grundhaltung vereinbar sein konnte mit dem Streben nach freier Marktwirtschaft, Kapitalismus, Globalisierung und Modernität.“²⁹

Dennoch muss an dieser Stelle betont werden, dass der Aufstieg des türkischen Islamismus – von der Gründung der Nationalen Ordnungspartei bis zum Vorstoß der AKP in die politische Führungsspitze eines Landes, dessen kemalistische Verfassungsprinzipien in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg regelmäßig für eine Intervention des Militärs in die türkische Politik zur ‚Rettung‘ des säkularen Charakters des Staates genutzt wurden³⁰ –, nicht ohne eine Identifikation der ideologischen Diskontinuitäten innerhalb dieses heterogenen gesellschaftlichen Milieus verstanden werden kann. Gerade im Hinblick auf die Argumentationslogik dieser Fallstudie, die in der Vorbemerkung und im ersten Unterkapitel erörtert wurde, ergibt sich für das nachfolgende dritte Unterkapitel eine neue argumentative Ausgangslage. Mit dem Erfolg der Parlamentswahlen der AKP im Jahr 2002 verschob sich die Ausrichtung ihres politischen Programms signifikant. Die Partei brach öffentlich mit der Ideologie des Milli Görüs und beschreibt sich seitdem als islamisch-konservativ.³¹ Der Islam ist für die AKP weiterhin eine Quelle von erstrebenswerten Normen für die individuelle Lebensführung, aber nicht mehr eine politische Ideologie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme.³² Im Fokus der politischen Programmatik der AKP und ihrer staatlichen Projekte standen mit ihrer Regierungsübernahme der EU-Beitrittsprozess der Türkei und die sukzessive Ausformulierung einer eigenständigeren türkischen Außenpolitik, die eine neue Führungsrolle der Türkei als Regionalmacht in einer geopolitischen Schlüsselregion artikuliert.³³

mation of Turkish Islamism and the Rise of the Justice and Development Party“, S. 68-76.

29 A. Öztürk: Vom Sicherheitsrisiko zum Stabilitätsfaktor?, S. 86.

30 Einen kritischen Blick auf die negativen Konsequenzen der politischen Ideologie des Kemalismus für den Umgang mit der Religion des Islam im öffentlichen Diskurs der Türkei bieten U. Azak: *Islam and Secularism in Turkey* und B. Duran: „The Experience of Turkish Islamism“.

31 Vgl. dazu die Kritik von B. Tibi: „Islamischer Konservatismus der AKP als Tarnung für den politischen Islam“.

32 Vgl. S. Gumuscu/D. Sert: „The March 2009 Local Elections and the Inconsistent Democratic Transformation of the AKP Party in Turkey“, S. 57-58.

33 Vgl. A. Öztürk: Vom Sicherheitsrisiko zum Stabilitätsfaktor?, S. 45-129.

„Thus, the JDP [engl. Akronym für AKP, T.H.] experience has transformed the parameters of both Turkish politics and Islamist politics through Europeanization and the internationalization of internal issues.“³⁴

Auf diese Weise verschob sich mit der AKP ein großes Segment des politischen Islam in der Türkei weg von der antagonistischen Auseinandersetzung mit den kemalistischen und säkularen Eliten der Türkei und ihrer Westbindung hin zur aufstrebenden, konservativen und ländlich geprägten Mittelschicht in der Form eines wirtschaftsliberalen Europäisierungskurses.

6.3 REFORMEN, WAHLSIEGE UND ANZEICHEN EINER GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN TRANSFORMATION DER TÜRKEI DURCH DIE AKP

Die AKP konnte den 2002 eingeschlagenen elektoralen Erfolgskurs bis heute fortsetzen. Die Partei hat die nationalen Wahlen 2007 und 2011 für sich entschieden, die Lokalwahlen 2004, 2009 und 2014 gewonnen und stellte von 2007 bis 2014 mit Abdullah Gül den türkischen Staatspräsidenten, der 2007 im dritten Wahlgang durch das türkische Parlament gewählt wurde. Von 2002 bis 2014 war Recep Tayyip Erdogan türkischer Ministerpräsident und führte die Regierungsgeschäfte der türkischen Republik. Seit 2014 ist er der erste direkt gewählte Staatspräsident in der Geschichte der Türkei. Zu den großen politischen Reformprojekten dieser Regierung werden der EU-Anpassungsprozess, der im angenommenen Verfassungsreferendum vom 12.09.2010 mit 26 geänderten Verfassungsartikeln gipfelte, der Waffenstillstand mit der kurdischen Arbeiterbewegung PKK, die Implementierung der wirtschaftlichen Strukturvorgaben von Internationalem Währungsfond und der Weltbank-Gruppe (mit der Folge eines langanhaltenden Wirtschaftswachstums) sowie die neue außenpolitische Führungsrolle und Vorbildfunktion der Türkei in der MENA-Region gezählt.³⁵ Gegenwärtig optiert die AKP im Zuge der neuen Rolle Erdogans für ein per Verfassungsänderung implementiertes präsidentielles Regierungssystem, dessen politi-

34 B. Duran: „The Experience of Turkish Islamism“, S. 16.

35 Vgl. die von der türkischen AKP-Regierung herausgegebene Broschüre über ihre politischen Reformen: Undersecretariat of Public Order and Security Publications: „The Silent Revolution“.

sche Durchsetzung sich aufgrund einer fehlenden verfassungsändernden Mehrheit im Parlament bis dato jedoch als schwieriges Vorhaben erweist.³⁶

Die Machtbasis der AKP ist ihre moderne, sehr mitgliederstarke und in der ganzen Türkei bestehende Parteiorganisation. An der Spitze der Partei steht der sogenannte Große Kongress, der den Parteivorsitzenden (der derzeitige Ministerpräsident Ahmet Davutoglu (*1959) löste Erdogan auch in der Funktion des Parteivorsitzenden ab) wählt und in einer geheimen Wahl das zentrale Entscheidungs- und Exekutivgremium der Partei sowie weitere Parteigremien bestimmt. Die AKP verfügt über eine sehr differenzierte lokale Parteistruktur, die von der nachbarschaftlichen Ebene bis zu Provinzkongressen reicht. Die Wahlkämpfe der Partei werden von einer großen Anzahl an aktiven Mitgliedern getragen, die umfangreich politisch geschult werden.³⁷ Zur Wählerbasis der AKP werden Mitte-Rechts-Wähler, das islamistische Spektrum, Nationalisten und ebenfalls Mitte-Links-Wähler gezählt. Neben den ‚sozial Schwächeren‘ gibt es bei den Wählerinnen und Wählern der AKP eine starke ökonomische Orientierung, die mit dem großen wirtschaftlichen Wachstum der Türkei während der AKP-Regierungszeit einhergeht.³⁸

Die AKP charakterisiert ihre eigene politische Ausrichtung in öffentlichen Aussagen und in ihren Publikationen³⁹ als „islamisch-konservativ“⁴⁰, womit sie eine bewusste Abgrenzung von ihrem organisatorischen und personellen Ursprung im islamistischen Milieu der Türkei vorgenommen hat:

36 Vgl. die detaillierten Schilderungen bei C. Boyraz: „The Justice and Development Party in Turkish Politics“; S. Cagaptay/J.F. Jeffrey: „Turkey’s 2014 Political Transition“ und S. Gumuscu/D. Sert: „The March 2009 Local Elections and the Inconsistent Democratic Transformation of the AKP Party in Turkey“.

37 Vgl. W. Hale/E. Özbudun: *Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey*, S. 44-51 sowie die Homepage der politischen Akademie der AKP (<http://www.siyasetakademisi.org> [letzter Zugriff am 31.01.2015]).

38 Vgl. W. Hale/E. Özbudun: *Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey*, S. 36-43 und E. Kalaycioglu: „Justice and Development Party at the Helm“, S. 28-29 und S. 41.

39 Vgl. die politische Vision der AKP für das historische Jahr 2023, den 100. Jahrestag der Gründung der türkischen Republik, die auf der Homepage der Partei frei erhältlich ist (<http://www.akparti.org.tr/english/akparti/2023-political-vision> [letzter Zugriff am 31.01.2015]).

40 Eine inhaltliche Analyse der konservativen Selbstbeschreibung der AKP findet sich bei C. Joppien: *Die türkische Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP)*.

„Erdoğan frequently highlights that the AKP is not a successor of the MG [Milli Görüş, T.H.] parties and that there is no need to feel threatened by its cadre, particularly concerning Atatürk legacy, the secular republic and democracy.“⁴¹

Dieses semantische Konzept *islamisch-konservativ* – welches durchaus als unklar und ungenau definiert kritisiert wird – beinhaltet verschiedene thematische Bereiche. Einerseits signalisiert es die Bereitschaft zur Innovation der Türkei und des Islam und zeigt sich als Befürworter der Demokratie und des Säkularismus, die beide die Staatsgewalt beschränkten und die individuelle Freiheit stärken. Ferner ist dieses Konzept in einer reform-orientierten Sprache verfasst, die die Vereinbarkeit von Ost und West betont. Der im vorangegangenen Unterkapitel identifizierte Wandel der AKP als erfolgreichstes Segment des türkischen Islamismus wird auf diese Weise semantisch finalisiert und macht sie programmatisch zu einer selbst erklärten Partei der Mitte.⁴² Der politische Kurs der AKP, angetrieben durch den charismatischen, aber auch polarisierenden Führungsstil Erdogans, ist jedoch nicht ohne Kritik geblieben. Zwei Aspekte sind an dieser Stelle von besonderer Bedeutung. Erstens sind die innenpolitischen Reformen und der Europäisierungsprozess ins Stocken geraten. Daher bleibt die Kritik an einer möglicherweise rein instrumentell unternommenen Europäisierung und an der weiterhin fehlenden Kultur eines demokratischen Pluralismus, der über Wahlen als Mechanismen der Mehrheitsbeschaffung hinaus geht und Toleranz für die (politische) Minderheit beinhaltet, bestehen und ist nicht entkräftet.⁴³ Zweitens werden als Folgen der zugespitzten Wahlkampfführung und des unversöhnlichen Politikstils der AKP die starke Polarisierung der Wählerschaft und die Abkoppelung der AKP-Führungsspitze von innerparteilicher Kritik und der politischen Opposition genannt.⁴⁴

Im Sinne der eingangs erarbeiteten Falllogik lassen sich schließlich diese Aspekte des politischen Aufstiegs und der langanhaltenden Regierungsausübung der AKP identifizieren:

41 Z. Cagliyan-Icener: „The Justice and Development Party’s Conception of ‘Conservative Democracy’“, S. 597.

42 Vgl. ebd., S. 600-608 und W. Hale/E. Özbudun: *Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey*, S. 20-29.

43 Vgl. S. Gumuscu/D. Sert: „The March 2009 Local Elections and the Inconsistent Democratic Transformation of the AKP Party in Turkey“, S. 62-69 und B. Tibi: „Islamists Approach Europe“, S. 51.

44 Vgl. E. Kalaycioglu: „Justice and Development Party at the Helm“, S. 42 und S. Tepe: „Turkey’s AKP“, S. 74 und S. 81.

- Die AKP vermochte es, sich seit ihrem nationalen Wahlerfolg 2002 über die Europäisierung ihrer politischen Programmatik und die Akzentuierung ihres islamischen Konservatismus semantisch – im Sinne der Selbstdarstellung und der Fremdbeschreibung – immer weiter aus dem islamistischen Spektrum der Türkei herauszulösen und wird vielfach als eine konservative geprägte Partei der Mitte angesehen und akzeptiert.
- In Bezug auf die moralisch-religiöse Werthaltung ihrer Führungspersonen, die enge personelle Verbindung der AKP-Mitglieder mit den zahlreichen Assoziationen des islamistischen Spektrums und die konservativen Tendenzen der türkischen Wählerschaft blieb die AKP jedoch im türkischen Islamismus verhaftet.⁴⁵
- Folglich verschoben sich die im Zuge des Zerfalls des Osmanischen Reiches entstandenen, kulturellen, politischen und sozialen Konfliktfelder der modernen türkischen Republik in der ersten Dekade der AKP-Regierung erneut. Die zuvor durch die kemalistisch-militärische Elite des Landes konsequent kontrollierte Religion des Islam, die als Vehikel für verschiedene politisch-militärische Interventionen diente, wurde nun zum akzeptierten politischen Instrument der AKP-Regierung: Im Sinne der Konstruktion einer neuen, legitimen politischen und kollektiven Identität (*islamisch-konservativ*), im Hinblick auf eine neue außenpolitische Strategie der Hinwendung zum *Erbe des Osmanischen Reiches* und schließlich in der Form eines aktiv betriebenen Elitenaustausches, was besonders in den Auseinandersetzungen zwischen der AKP-Regierung, dem Militär und der türkischen Justiz deutlich wurde.⁴⁶

6.4 DIE AKP, DIE FOLGEN DES ‚ARABISCHEN FRÜHLINGS‘ UND DIE PROTESTE DES GEZI-PARKS UND TAKSIM-PLATZES

Als Ausgangspunkt für die soeben ausgeführten tiefgreifenden Verschiebungen innerhalb der innenpolitischen Konstellationen und der auswärtigen Beziehungen der Türkei unter der Regierung der AKP wird der sogenannte ‚postmoderne Coup‘ des türkischen Militärs gegen die Wohlfahrtspartei 1997, der in einem be-

45 Vgl. N.B. Criss: „Dismantling Turkey“.

46 Vgl. W. Hale/E. Özbudun: Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey, S. 74-75 und S. 80-98 und A.C. Kumbaracıbasi: Turkish Politics and the Rise of the AKP, S. 185.

reits angeführten Verbot dieser Partei durch das türkische Verfassungsgericht mündete, angesehen. Diese Sichtweise wird damit begründet, dass zu diesem Zeitpunkt die kemalistisch orientierten Eliten des Militärs, der Justiz und der höheren Beamtenschaft zum letzten Mal dazu in der Lage waren, die türkische Parteipolitik nach ihrem Wunsch zu beeinflussen. Wobei gleichzeitig bereits Brüche innerhalb dieses Bündnisses sichtbar waren.⁴⁷ Die politische Haltung dieser Gruppe bestand darin, die kemalistischen Prinzipien der türkischen Verfassung um jeden Preis zu schützen und diese Prinzipien gleichermaßen als Rechtfertigungsgrund für die Intervention in die Parteipolitik zu instrumentalisieren. Das türkische Militär konnte seit 1961 durch den zu jener Zeit installierten Nationalen Sicherheitsrat stark in die zivile Politik eingreifen. Es verfügte zusätzlich über eigene Wirtschaftszweige, eine starke Militärgerichtsbarkeit und es besaß mit ihrem alle 5 Jahre erneuerten Dokument zur Nationalen Sicherheitspolitik über eine als ‚geheime Verfassung‘ bezeichnete Möglichkeit zur politischen Einflussnahme.⁴⁸ Trotz des Zypernkonflikts in den 1970er und 1980er Jahren war der durch das türkische Militär bestimmte außenpolitische Kurs durch eine Westanbindung an die EG, die NATO und die USA gekennzeichnet, welche als zentraler Bestandteil für die Wahrung der eigenen staatlichen Souveränität angesehen wurde.⁴⁹ Über den Verfassungsartikel 68, der das Verbot von Parteien reguliert, bildete das türkische Verfassungsgericht das abschließende Element in diesem politischen „System der militärischen Bevormundung“⁵⁰, indem es regelmäßig anti-kemalistische Parteien verbot, was besonders stark das islamistische Parteienspektrum der Türkei betroffen hatte.⁵¹

„According to this understanding, the state elite (military, officers, judges, and high-level bureaucrats) consider themselves as the only true heirs of the Kemalist legacy and the legitimate guardians of the national interest against the particularistic interests represented

47 Vgl. E. Aydıralı: „Ergenekon, New Pacts, and the Decline of the Turkish ‚Inner State‘“.

48 Vgl. H. Akbulut: „Zur Normalisierung in den zivil-militärischen Beziehungen in der Türkei“, S. 200-206.

49 Vgl. A. Öztürk: Vom Sicherheitsrisiko zum Stabilitätsfaktor?, S. 45-50 und S. 117-119.

50 H. Akbulut: „Zur Normalisierung in den zivil-militärischen Beziehungen in der Türkei“, S. 200.

51 Vgl. H. Şambayati/G. Sütcü: „The Turkish Constitutional Court and the Justice and Development Party (2002-09)“.

by elected politicians, political parties, and the parliament, or what is otherwise known as the political elite.“⁵²

Die Führungs- und Gründungsriege der AKP war sich zum Zeitpunkt ihrer Gründung dieser machtpolitischen Konstellation in der Türkei sehr bewusst und sie strebte eine Veränderung jener Situation an, für die sie über den bereits angeführten Europäisierungskurs eine ausreichend starke innenpolitische und außenpolitische Durchsetzungs- und Legitimationsbasis ausbilden konnte.⁵³ Die AKP-Regierung und die AKP-Parlamentarier leisteten sich vom Beginn ihres Wahlerfolges im Jahr 2002 an einen heftigen politischen Schlagabtausch mit der ebenfalls selbstbewussten türkischen Verfassungsgerichtsbarkeit. Zum Höhepunkt dieser Auseinandersetzung kam es, als die AKP im Jahr 2007 Abdullah Gül zur Wahl zum Staatspräsidenten durch das türkische Parlament nominierte. Die AKP konnte sich durchsetzen, Gül wurde zum Staatspräsident gewählt. Das Verfassungsgericht reagierte jedoch mit der Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens, in welchem der AKP im Sommer 2008 anti-säkulare Aktivitäten bescheinigt und eine hohe Geldstrafe auferlegt wurden. Das Parteiverbot selbst scheiterte jedoch knapp an einer fehlenden Stimme. Auf Seiten des türkischen Militärs gab es schon 2002 Teile, die bereit waren, mit der AKP zu kooperieren. Diejenigen, die der AKP skeptisch gegenüberstanden, versuchten ebenfalls mit allen Mitteln, die Wahl Güls zum Staatspräsidenten zu verhindern. Die ehemals dominante Stellung des Militärs und des Verfassungsgerichts wurde schließlich auf zwei Wegen durchbrochen: *Erstens* wurden strukturelle Reformen unternommen, die die Befugnisse des Nationalen Sicherheitsrates einschränkten, die Zuständigkeiten der Militärgerichtsbarkeit deutlich verringerten und inzwischen ist der Nationale Sicherheitsrat mehrheitlich von Zivilisten besetzt und der AKP gegenüber konziliant eingestellt. Zweitens laufen seit 2006 zahlreiche polizeiliche und sicherheitspolitische Maßnahmen und Strafverfahren gegen hochrangige Militärangehörige, Journalisten und Intellektuelle, denen im Rahmen der sogenannten ‚Ergenekon-Prozesse‘ Umsturzversuche nachgesagt werden und die zu teilweise sehr hohen Haftstrafen verurteilt wurden. Die *finale* Beschneidung der Machtbefugnisse des Militärs und der Unabhängigkeit der Verfassungsgerichtsbarkeit geschah über das bereits angesprochene Verfassungsreferendum vom 12.09.2010,

52 Ebd., S. 109.

53 Vgl. die Argumentationen bei R. Karadag: „Islam und Politik in der neuen Türkei“, S. 344-345; O. Leiß: „Der Transformationsprozess in der Türkei“ und auch die bereits mehrfach herangezogene Analyse von A. Öztürk: Vom Sicherheitsrisiko zum Stabilitätsfaktor?

das die Struktur des Verfassungsgerichts modifizierte und die Straffreiheit der Teilnehmer des Militärputsches von 1980 aufhob.⁵⁴ Aufbauend auf diesen politischen Erfolgen konnte die AKP ebenfalls die traditionelle außenpolitische Westbindung der Türkei entlang der Überlegungen des von 2009 bis 2014 amtierenden Außenministers und vormaligen außenpolitischen Chefberaters Ahmet Davutoglu (jetztiger Ministerpräsident der Türkei) modifizieren und damit den bereits vom ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal (1927-1993) angedachten *Neo-Osmanismus* weiterentwickeln. Davutoglu selbst entwickelte in seinen programmatischen Schriften das Konzept der „strategischen Tiefe“, das die geopolitische Schlüsselrolle der Türkei für die Verbindung von Ost und West betont und vielschichte Prinzipien und Methoden einer neuen türkischen Außenpolitik beinhaltet. Der selbstbewusste Führungsanspruch der Türkei in der MENA-Region wurde programmatisch durch ihre auf *soft power* beruhende Vermittlerrolle und den Vorbildcharakter der politischen und wirtschaftlichen Strukturen der Türkei ergänzt.⁵⁵ Doch der regelmäßige Konfrontationskurs mit den außenpolitischen Zielen der USA, die vermehrten, gerade wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran und Syrien, sowie die politische Krise zwischen der Türkei und Israel haben durchaus zu starker Kritik an dieser außenpolitischen Neuausrichtung geführt:

„At the same time, Turkey’s growing profile has been controversial. As Ankara developed increasingly warm ties with rogue states such as Iran, Syria, and Sudan while curtailing its once cordial relationship with Israel and using strong rhetoric against the United States and Europe.“⁵⁶

54 Vgl. die ausführlichen Darstellungen bei H. Akbulut: „Zur Normalisierung in den zivil-militärischen Beziehungen in der Türkei“, S. 206-214 und S. 218-219; E. Aydıralı: „Ergenekon, New Pacts, and the Decline of the Turkish ‚Inner State‘“; R. Karadağ: „Islam und Politik in der neuen Türkei“, S. 332 und H. Şambayati/G. Sütçü: „The Turkish Constitutional Court and the Justice and Development Party (2002-09)“.

55 Vgl. W. Gieler: „Die Neuorientierung der türkischen Außenpolitik zwischen ‚Neo-Osmanismus und regionalem Führungsanspruch‘“ und A. Sözen: „A Paradigm Shift in Turkish Foreign Policy“.

56 S.E. Cornell: „What Drives Turkish Foreign Policy?“, S. 13. Dazu bieten folgende Publikationen einen guten Einblick in die jeweiligen außenpolitischen Positionsverschiebungen der Türkei unter der AKP-Regierung: K.Y. Arin: „The Obama and Erdoğan Administrations“; I. Aytürk: „The Coming of an Ice-Age?“ und A. Ehteshami/S. Elik: „Turkey’s Growing Relations with Iran and Arab Middle East“.

Die AKP war letztendlich nicht nur dazu in der Lage, einen neuen, eigenständigen und am osmanischen Erbe der Türkei orientierten außenpolitischen Kurs einzuschlagen, sondern auch dazu, ihre härtesten innenpolitischen Widersacher, das Militär und das Verfassungsgericht, politisch derartig zu schwächen,

„[...] dass der kemalistische Block in der Tat seinen Machtanspruch im alltäglichen politischen Prozess verloren hat, um noch mit der moderat-islamistischen Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) bei der Strukturierung von Politik und Öffentlichkeit mithalten zu können.“⁵⁷

Infolge dieser innenpolitischen Machtverschiebung zugunsten der AKP und der außenpolitischen Neuausrichtung der Türkei vermag die AKP seit einigen Jahren ihre politischen Projekte nahezu unbestritten durchzusetzen. Doch die Geschehnisse rund um die Proteste auf dem Taksim-Platz in Istanbul und den angrenzenden Gezi-Park sowie die Auswirkungen des ‚Arabischen Frühlings‘ auf die politische Situation in der MENA-Region und damit die direkte Nachbarschaft der Türkei zeigen die negativen Konsequenzen der anhaltenden politischen Dominanz der AKP und die Risiken ihres politischen Kurses wie in einem Brennglas vergrößert auf. Die massiven Proteste, die sich im Mai und Juni 2013 an einem Bauvorhaben auf dem Gebiet des Istanbuler Gezi-Parks entzündeten und zu landesweiten Protesten führten, zeigten den Widerstand der fragmentierten türkischen Zivilgesellschaft und der stark geschwächten Opposition von CHP und MHP (*Milliyetçi Hareket Partisi* – Partei der Nationalen Bewegung) gegen die dominante Stellung der AKP im politischen System der Türkei. Gleichzeitig verhindert die 10 %-Sperrklausel des türkischen Wahlrechts jedoch, dass die Opposition ausreichend im Parlament repräsentiert wird und daher geradezu gezwungen ist, alternative politische Protestformen zu finden, um überhaupt noch Einfluss auf das politische Zentrum nehmen zu können. In Anbetracht dieser schwachen Stellung der fragmentierten Opposition und Zivilgesellschaft der Türkei war die polarisierende Reaktion, gerade vom damaligen Ministerpräsidenten Erdogan, auf die Proteste des Sommers 2013 besonders wirkungsvoll. Erdogan sprach der Protestbewegung von Anfang an jegliche Legitimität ab und verunglimpfte die Demonstranten. Schließlich wurden die Proteste mit dem rücksichtslosen Einsatz der türkischen Polizei und Sicherheitskräfte aufgelöst. Insgesamt konnte die Protestbewegung keine längerfristige Wirkung entfalten

57 R. Karadag: „Islam und Politik in der neuen Türkei“, S. 332.

und bis auf wenige kleinere Gruppierungen ist sie 2014 weitestgehend verschwunden.⁵⁸

Die Ende 2010 in Tunesien in Gang gesetzten Massenproteste des ‚Arabischen Frühlings‘ nutzte Erdogan sehr schnell für die Inszenierung der Türkei als regionale Führungsmacht und ordnungspolitisches Vorbild. Er forderte die später gestürzten autokratischen Herrscher in Ägypten und Libyen zum Rücktritt auf, unternahm regelmäßige Reisen in die Region und forderte auch sehr früh den Rückzug des syrischen Präsidenten al-Assad (*1965). Dazu unterstützt die Türkei Teile der syrischen Widerstandsgruppen im Kampf gegen das alewitische Regime al-Assads im mittlerweile internationalisierten Bürgerkrieg des Landes und war ein klarer Unterstützer des kurzzeitigen ägyptischen Präsidenten Mursi. Trotz gewisser Kooperationen mit der EU und den USA versuchte die Türkei auf diese Weise einen sehr eigenständigen außenpolitischen Kurs einzunehmen, mit dem sie sich als sunnitische Führungsmacht zu positionieren versucht.⁵⁹ Allen Unwägbarkeiten der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Lage in Syrien und Irak zum Trotz lassen dennoch erste Einschätzungen dieses außenpolitischen Kurses der AKP vornehmen. Gemessen an der beschriebenen ideologischen Neuausrichtung der Außenpolitik unter Davutoglu und in Anbetracht der innenpolitischen Stärke der AKP als unangefochtene Regierungspartei erscheint die Positionierung der AKP während der Umbrüche des ‚Arabischen Frühlings‘ als sunnitische Führungsmacht auf der Basis von *soft power* und der Ausstrahlungskraft des ‚türkischen Modells‘ konsistent. Dennoch ist es derzeit schwer vorstellbar, dass die Türkei über ausreichend außenpolitisches Durchsetzungspotenzial verfügt, um ohne die EU oder die USA effektiv auf den Konflikt in Syrien und dessen Ausstrahlungseffekte auf die Nachbarstaaten einwirken zu können. Zusätzlich gerät die Türkei durch ihren Anspruch auf eine Führungsrolle in der MENA-Region immer stärker in die Sogwirkung des Konfliktes zwischen dem schiitischen Iran und dem sunnitisch-wahhabitischen Saudi-Arabien, was eine konstruktive Lösung des Syrien-Konflikts zusätzlich erschwert und die konfessionelle Spaltung der Region weiter verstärkt.

Insgesamt betrachtet befindet sich die AKP damit an einem innen- wie außenpolitischen Scheidepunkt. Die Grenzen der „strategischen Tiefe“ der Türkei

58 Vgl. N. Göle: „Gezi“; L. Schulz: „Viel Lärm um Nichts? und E. Sözen/H. Yavuz: „The Gezi Protests“.

59 Vgl. Ö. Demirtas-Bagdonas: „Reading Turkey’s Foreign Policy on Syria“; M. Ma’oz: „The ‘Arab Spring’ and the New Geo-Strategic Environment of the Middle East“; Z. Önis: „Turkey and the Arab Spring“ und G. Steinberg: „Anführer der Gegenrevolution“.

sind deutlich erkennbar und die Türkei wird es schwer haben, weiterhin außenpolitische Alleingänge vorzunehmen. Innenpolitisch scheint das nationale Demokratisierungsprojekt der AKP im Rahmen eines Europa-Kurses erschöpft.⁶⁰ Angetreten als Gegenmodell zur kemalistischen Elite, ausgestattet mit einem modernen und effektiven Parteiapparat und getragen von der Unterstützung eines Großteils des islamistischen Milieus der Türkei konnte sich die AKP erfolgreich als Partei einer konservativ-islamischen Mittelschicht etablieren. Beeinflusst durch ihren heftig ausgetragenen Kampf gegen die Interventionsversuche des Militärs und des Verfassungsgerichts ist die AKP in den letzten Jahren jedoch dazu übergegangen, ihre übermäßig starke Stellung im politischen Zentrum der Türkei weiter auszubauen. Ihr demokratisches Verständnis ist durch eine enorme Majoritätsorientierung gekennzeichnet und das türkische Wahlrecht ermöglicht dabei den Erfolg ihrer starken Polarisierungsstrategie gegenüber der Opposition und der schwachen türkischen Zivilgesellschaft. Diese Haltung und Vorgehensweise verhindert jedoch eine Verbesserung der politischen Kultur in der Türkei.⁶¹ Sicherlich verfügt die AKP über keine stark ausgeprägte islamistische politische Ideologie mehr, wie sie noch bei der Muslimbruderschaft der Jahre 2011-2013 zu finden war. Dennoch spielen religiöse Konnotationen und die religiöse Wählerschaft weiterhin eine große Rolle in der politischen Gestaltung der türkischen Gesellschaft durch eine sehr dominant agierende AKP.⁶²

60 Vgl. R. Karadag: „Islam und Politik in der neuen Türkei“, S. 350-351.

61 Dies zeigt sich u.a. an den Korruptionsvorwürfen gegen Teile der AKP-Spitze Ende 2013 und dem danach ausgebrochenen Machtkampf zwischen der AKP Regierung und der Gülen-Bewegung, der zu einer massiven Entfernung von Gülen-Anhängern aus dem polizeilichen und juristischen Staatsdienst durch die AKP Regierung geführt hat. Vgl. E.F. Keyman: „The AK Party“; T. Özhan: „The Longest Year of Turkish Politics“ und G. Seufert: „Is the Fetullah Gülen Movement Overstretching Itself?“. In Anbetracht dieser Ereignisse ist es angebracht, sich noch einmal die bereits angeführte Kritik von B. Tibi: „Islamists Approach Europe“ und Ders.: „Islamischer Konservatismus der AKP als Tarnung für den politischen Islam?“ vor Augen zu führen.

62 Vgl. konzeptionell dazu D. Burhanettin: „Understanding AK Party's Identity Politics“. Als ein deutliches Beispiel für diese Form einer zivilisatorischen Identitätspolitik können die jüngeren Einschränkungen des Alkoholgenusses und der Alkoholwerbung in der Türkei genannt werden.